

Die „Volkswacht“  
erscheint wöchentlich 4 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,  
und durch Buchhändler zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Durch die Post bezogen M. 2.50,  
frei ins Haus M. 2.98,  
wo keine Post am Orte, M. 3.84.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die Expedition für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der  
Expedition abgeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 234.

Breslau, Freitag, den 6. Oktober 1911

22. Jahrgang.

## Bismarck, Lassalle und die preussische Wahlreform.

Professor Hermann Onden, der Verfasser einer umfangreichen Lassalle-Biographie, von der nächsten die zweite Auflage erscheint, veröffentlicht in dem soeben erschienenen Oktoberheft der „Preussischen Jahrbücher“ eine historische Studie, die sich mit den geheimen Anlässen zu einer preussischen Wahlreform in den Jahren 1863 bis 1865 beschäftigt. Onden, dem allerdings die Akten des preussischen Staatsarchivs nicht zur Verfügung standen, weilt es auf dem Weg eines umfassenden Indizienbeweises wahrscheinlich zu machen, daß Bismarck in der Zeit des Konflikts mit der Fortschrittspartei nahe daran war, dem preussischen Dreiklassenwahlrecht den Hals umzudrehen und an seiner Stelle das allgemeine, gleiche Wahlrecht für das preussische Abgeordnetenhaus zu oktroyieren.

Ondens Beweisführung geht von bekannten Tatsachen aus. Es ist ebenso bekannt, daß Bismarck schon in den 50er Jahren der zweiten preussischen Kammer die Qualifikation einer Volksvertretung abstrahlte und daß er später das Dreiklassenwahlrecht das edelste aller Wahlsysteme nannte, wie daß Lassalle den Kampf für das demokratische Wahlrecht in den Mittelpunkt seiner weltgeschichtlichen Agitation gestellt hatte. Es ist nicht minder bekannt, daß die beiden so abgrundfern voneinander geschiedenen Persönlichkeiten, von ganz verschiedenen Gedankenreihen ausgehend, in der Wahlrechtsfrage einen gewissen Berührungspunkt fanden, über den zwischen ihnen eingehende mündliche und briefliche Unterhaltungen stattfanden. Schließlich ist es bekannt, daß Lassalle in verschiedenen Reden auf einen bevorstehenden Sieg des gleichen Wahlrechts anspielte und daß diese Prophezeiung zwar nicht in der preussischen Verfassung, wohl aber in jener des Deutschen Reiches ihre Verwirklichung gefunden hat.

Von diesen allgemein bekannten Ereignissen geht Onden aus, um etwas tiefer in das Dunkel der geschichtlichen Ereignisse einzudringen.

Schon während seines Karlsbader Aufenthalts im Jahre 1863 schalt Bismarck zum Herzog von Gramont über die fortschrittliche Opposition, deren Wählerschaft höchstens aus einem Siebzehntel der Bevölkerung bestesse. Kurz zuvor hatte Lassalle öffentlich den Anspruch geäußert, ein Reich über unter dem Dreiklassenwahlrecht dasselbe Wahlrecht aus wie siebzehn Nichtberechtigende, „daß immer 16 Arbeitern und Kleinbürgern unter 17 ein gesetzliches Wahlrecht entrisen ist“. Auch andere Gedanken und Redewendungen Lassalles tauchen in Bismarcks Reden und Privatunterhaltungen fast wörtlich wieder auf. Ein Beweis, wie lebhaft sich Bismarck mit den Anregungen, die ihm Lassalle gegeben hatte, beschäftigte.

Im Jahre 1865 erschienen in der „Breslauer Ztg.“, vier Jahre später im Wiener „Wanderer“ Artikel zur preussischen Geheimgeschichte während der Konfliktzeit, die Onden auf die Gräfin Saksfeldt, eine genaue Kennerin der zwischen Lassalle und Bismarck geführten Verhandlungen, zurückführt. Dort wird, im April 1865, die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen „nur noch als eine Frage der Zeit“ bezeichnet und mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die Unterredungen Bismarcks mit Lassalle gesagt:

„Herr v. Bismarck hatte einen diesbezüglichen Plan schon seit Jahresfrist in seinem Portefeuille, er gab einer hervorragenden Person schon vor dem Ausbruch der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ganz bestimmte Andeutungen, wurde aber an der Ausführung eben durch die äußere Politik gehindert.“

Und im nächsten Artikel:

„Es existieren überhaupt in sicheren Händen und an sicherem Orte interessante Schriftstücke, die an die Öffentlichkeit manchen Aufschluß geben könnten. . . . Es handelt sich dabei nicht um eine neue Oktroyierung, sondern um Zurücknahme der Oktroyierung des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1849, an dessen Stelle dann das Wahlgesetz vom 8. April 1848 wieder treten soll. Das Recht der Krone zu diesem Schritt wird als zweifellos hingestellt.“

Nach dem Gesetz vom 2. April 1848 war das Wahlrecht allgemein und gleich, aber indirekt und öffentlich. Bekanntlich hatte Bismarck auch für das spätere Reichswahlrecht die Öffentlichkeit der Abstimmung vorgesehen, von der er sich auf dem platten Lande, das damals weit aus die Mehrzahl der Wähler stellte, nicht mit Unrecht ein Ueberwogen der konservativen Einflüsse versprach. Durch das Wahlgesetz vom 30. Mai 1849 war das Dreiklassenwahlrecht oktroyiert worden.

Auf jenen geheimen Plan Bismarcks bezieht sich nach Onden auch die Rede des Kriegsministers v. Roon vom 23. März 1865 im Abgeordnetenhaus, worin der Minister mit der Anwendung außerordentlicher Mittel drohte und dabei sagte:

„Die Frage ist jedenfalls berechtigt: Soll die Regierung nach einem neuen Rezept suchen, um den Wahlenden einen Charakter zu

geben, welcher den Interessen des Landes nach ihrer innigsten Ueberzeugung mehr entspricht, als der bisherige Ausdruck der Wahlen?“

Auf diesen Plan soll aber auch auf der anderen Seite Lassalle angespielt haben, als er in seinem Hochverratsprozess am 12. März 1864 den Fall erzählte, daß der preussische König das allgemeine Wahlrecht oktroyieren könnte, und sodann den Richtern zurief:

„An diesem Tage also, meine Herren, an welchem Sie dem König den Prozess machen werden und der Staatsregierung wegen Umsturz der Verfassung durch die Oktroyierung des allgemeinen und direkten Wahlrechts — an diesem Tage werde ich den Staatsanwalt gestalten, mich als geistigen Mitschuldigen, als intellektuellen Urheber dieses Verfassungsumsturzes vor Ihre Barre zu laden!“

„Der Staatsgerichtshof“, meint dazu Onden, „möchte sich empören, daß dieser Hochverräter, über dessen Haupt eine mehrjährige Zuchthausstrafe schwebte, sich in diesen scheinbaren frechen Unmöglichkeits erging. Nur Bismarck konnte wissen, mit welchem Recht dieser „geistig Mitschuldige“ seinen Oktroyierungsplan verteidigte.“

Noch mit zahlreichen anderen Reden, Briefen und Tagebuchstellen weiß Onden seine These zu belegen, daß Bismarck in der Konfliktzeit unmittelbar vor der Abstrahlungsphase, das Klassenwahlrecht abzuschaffen und das Wahlrecht der bürgerlichen Revolution durch Oktroyierung wieder rechtskräftig zu machen, daß er an der Ausführung dieses Planes nur durch den Ausbruch des dänischen Krieges gehindert wurde, der den Ereignissen eine andere Richtung gab.

Ondens Behauptung wird sicher lebhafteste Erörterungen und neue Untersuchungen hervorrufen, zumal die Frage, wie man sofort bemerkt, nicht ohne politische Aktualität ist. Denn ist erst die Frage, die Bismarck bei jenen Vorgängen spielte, einwandfrei festgestellt, dann kann sein Name noch zu einem Schreckwort für die junkerlichen Verteidiger des Dreiklassenwahlrechts werden! Die volle geschichtliche Wahrheit wird sich allerdings erst aus den Akten feststellen lassen, die herauszugeben sich Herr v. Bethmann-Hollweg vielleicht aus guten Gründen im gegenwärtigen Zeitpunkt mit besonderer Mänglichkeit hüten wird.

Der inneren Wahrscheinlichkeit entbehrt Ondens Darstellung in ihren Hauptpunkten keineswegs. Bismarck kam es damals darauf an, die Kammerherrschafft der Fortschrittspartei, koste es was es wolle, zu brechen, und daß er in Verfolgung seiner politischen Ziele, obgleich sonst reaktionärer Heißsporn, die Einführung des allgemeinen Wahlrechts als Mittel durchaus nicht verschmähte, hat er bei der Reichsgründung gezeigt. Ihn mögen in der Konfliktzeit, in Folge der Anregung Lassalles, ähnliche Gedankengänge bewegt haben, wie die jetzige Reichsregierung, als sie sich bei der Schaffung der reichsständischen Verfassung entschloß, der sozialdemokratischen Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht nachzugeben. In beiden Fällen kam es der Regierung darauf an, die Vorherrschaft einer oppositionell gestimmten oberen Gesellschaftsschicht zu brechen und in beiden Fällen mochte sie zu diesem Zweck keine geeignete Waffe finden, als in der Rüstkammer der ihr sonst so verhassten Demokratie.

## In Tripolis

hat das italienische Geschwader den Abschluß der so lange sich hinzögernden Friedensverhandlungen nicht abgewartet, sondern mit dem Bombardement nun doch begonnen. Die Beschießung beschränkt sich jedoch auf die Festungswerke und schon die Stadt. Von der Ausschiffung italienischer Truppen ist auch jetzt noch keine Rede, und die neuen Gerüchte von einer großen Seeschlacht sind wahrscheinlich auch in das Reich der Fabel zu verweisen. Konstantinopeler Blätter berichten, Italien schlägt vor: Tripolis und die Cyrenaika werden in die militärische und zivile Verwaltung von Italien unter einem von Italien vorzuschlagenden türkischen Statthalter und unter Suzeränität der Türkei übernommen. Italien ist bereit, eine gewisse Entschädigung zu zahlen, in die Abschaffung der Kapitulationen einzutwilligen und die Integrität der Türkei zu garantieren. Auch englische Blätter berichten ähnliches. Der „Westminster Gazette“ zufolge zum Beispiel bewegen sich die in Konstantinopel geführten Verhandlungen auf folgender Basis: Italien zahlt für das Protektorat über Tripolis an die Türkei eine Entschädigung von 2 1/2 Millionen türkischen Pfund. Die Türkei behält die Suzeränität über Tripolis. Alle diese Gerüchte sind, wie gesagt, noch unbestätigt; solche Vorschläge scheinen auch keine Aussicht auf Annahme durch die Türkei zu haben, da sie sich kaum von dem Ultimatum an die Türkei unterscheiden.

Von Einzelnachrichten aus dem Mittelmeer liegen folgende vor:

## Die Beschießung von Tripolis!

Rom, 4. Oktober. („Agenzia Stefani“) Viceadmiral Favelli telegraphierte gestern abend 7 Uhr 45 Minuten von Bord des Panzerschiffes „Benedetto Brin“: Um 3 1/2 Uhr nachmittags begann die Beschießung der Hauptbatterien und wurde bis Sonnenuntergang fortgesetzt. Die türkischen Batterien erwiderten das Feuer ohne eine Wirkung zu erzielen. Die Beschießung werde heute wieder aufgenommen, um die Batterien vollständig zu zerstören. Man wachte während der Beschießung die größte Sorgfalt an, um eine Beschädigung der Stadt zu vermeiden. Nur ein Leuchtturm in der Nähe einer Batterie sei zerstört.

Nach einer Meldung der „Tribuna“ aus Malta über die erste Phase der Beschießung von Tripolis wurde das Feuer von der Division des Admirals Thaon di Revel, bestehend aus den Schiffen Ferruccio, Varese und Garibaldi und zwar von der Artillerie mittleren Kalibers, eröffnet. Das Feuer wurde in langen Zwischenräumen abgegeben, als ob der Admiral gleich nach den ersten Schüssen das weiße Fahnenzeichen der Uebergabe erwartet hätte. Die Schiffe schossen aus weiter Entfernung von der Küste und schonten Wohnhäuser und Menschen. Wie weiter aus Tripolis bekannt wird, ist das als Küstenschiff dienende Kanonenboot „Seja-di-Deria“ von seiner Besatzung verlassen worden, damit es den Italienern nicht in die Hände falle.

Konstantinopel, 4. Oktober. Wie die Blätter melden, erhielt die Flotte gestern ein Telegramm aus Tripolis, daß die zu Beginn dieser Jahreszeit üblichen Stürme melde. Man glaube daher, die Italiener würden die Seeoperationen beschleunigen. Zur Verteidigung von Tripolis sind alle Vorkehrungen getroffen. (?)

## Auf hoher See.

Konstantinopel, 4. Oktober. Hier sind Gerüchte verbreitet, daß die türkische Flotte nachts aus den Dardanellen ausgefahren und bei Mytilene bereits in einen Kampf mit dem italienischen Geschwader verwickelt sei. (?)

Konstantinopel, 4. Oktober. Die Blätter melden, ein italienisches Schiff zerstörte bei Hodeida ein türkisches Motorboot. Der Torpedobootgeschützer „Beise Schechet“ sei nach Hodeida gesichtet, von wo aus er und andere Kanonenboote gegen das italienische Schiff schossen und es angeblich beschädigten.

Genoa, 4. Oktober. Dampfer „Amerika“ ist mit 1200 Soldaten und Kriegsvorräten an Bord heute in der Richtung auf Sizilien in See gegangen. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich am Dajen versammelt und jubelte den Abfahrenden zum Abschied zu. Auch General Tommari, der Kommandeur des hiesigen Flottenorts, war erschienen.

Konstantinopel, 4. Oktober. Die Schiffsfahrtskammer übermittelte den diplomatischen Missionen einen Protest gegen die von der Türkei verfügte Lösung der Leuchttürme und gegen das Verbot der Kohlenlieferungen an fremde Schiffe, was einen vollständigen Stillstand des Schiffsverkehrs an der Levante zur Folge haben würde. Die Kammer erlucht die Flotte, das Verbot für die neutralen Schiffe aufzuheben.

Rom, 4. Oktober. Das Marineministerium erließ für die Kommandanten der Dalenplage folgende Anordnungen: „Den im Augenblick der Kriegserklärung in Häfen liegenden oder in Unkenntnis der Kriegserklärung eingelaufenen türkischen Schiffen ist die sichere Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen; die übrigen türkischen Schiffe sind zu kapern. Türkische Schiffe, die die Fahrt gezwungenermaßen unterbrechen, ist für die sichere Weiterfahrt erforderliche Zeit zu gewähren, und über die auf den beschlagnahmten Schiffen gefundenen Waren neutraler Mächte sind besondere Instruktionen des Marineministeriums einzuholen.“

## Nachrichten aus der Türkei.

Konstantinopel, 4. Oktober. Der Berichterstatter des Londoner „Daily Chronicle“ meldet: Das dortige deutsche Konsulat werde täglich nahezu gestärmt von aufgeregten und beängstigten Italienern, die ihre Pässe verlangen. Ungefähr 6000 Italiener warten auf die notwendigen Papiere; 600 konnten vorgestern abend Konstantinopel verlassen. Dem italienischen Handel in der Türkei würden schwere Wunden geschlagen. Viele italienische Fischerboote seien in türkischen Händen.

Konstantinopel, 4. Oktober. Eine offiziöse Note bezeichnet die Behauptung der italienischen Regierung, daß sie deshalb militärische Operationen in den europäischen Gewässern vorgenommen habe, weil mehrere türkische Torpedoboote an der türkischen Küste kreuzt seien, als den Tatsachen nicht entsprechend. Die italienische Flotte habe nachmittags 5 Uhr die auf der Fahrt von Preveza nach Meda befindliche türkische Flotte bombardiert, und um 7 Uhr abends sei auch die Kriegserklärung erfolgt. Mitin hätten die Italiener die türkischen Kriegsschiffe zwei Stunden vor der Kriegserklärung bombardiert, was gegen das Völkerrecht verstoße.

Die „Begeisterung“ des italienischen Volkes für den Krieg spricht aus folgender Meldung: Die Bewohner von Poggibonni in Toskanien verhinderten durch Gewalt die Reservisten an der Abreise, die ihre Mobilisierungsbefehle erhalten hatten. Die Eisenbahnstation war von einer Menschenmenge überfüllt, die Gleise waren verbarrikadiert, und ein Zug zum Entweichen gebracht, sodaß die Reservisten gezwungen waren, in die Stadt zurückzukehren. Später traf Militär aus Siena ein und besetzte die Stadt. Die Leute wurden unter Bedrohung zur Eisenbahnstation gebracht. Ein Generalstreik wurde in Modena als Protest gegen die Beschießung von Tripolis erklärt.

# Politische Uebersicht.

## Kommunal-liberale Bedenken.

Der Streit zwischen der Regierung und den Gemeinden, wer von beiden im Kampf gegen den Drachen Teuerung vorangehen sollte, ist noch immer nicht entschieden, er wird vielleicht überhaupt nicht zur Entscheidung kommen. Denn je länger er dauert, desto mehr gleicht er einem Spiegelgefecht, einem Spiel mit verteilten Rollen und vorausbestimmtem Endergebnis: Es soll überhaupt nichts geschehen! Wenigstens nicht in Berlin. Dort fand am Mittwoch die lange erwartete Konferenz statt, in der die Vertreter Berlins und die größeren Vororte über die notwendig gewordenen Maßnahmen beraten sollten. Die zweifelhafte Unterhaltung gipfelte in der Anerkennung der Notwendigkeit, die Bevölkerung mit preiswerten Lebensmitteln zu versorgen. Aber man kam über das Ausprechen frommer Wünsche nicht weit hinaus. Man resolvierte sich dahin, daß der gemeinsame Einkauf von Seefischen „zu erstreben“ sei, und überließ es den Gemeinden, deswegen mit der Kommune Berlin in Verbindung zu treten. Was der Bericht sonst zu melden hat, ist rein negativ. Darüber heißt es:

Sodann wende man sich der Erörterung der Frage zu ob von Seiten der Kommunen durch gemeinsamen Einkauf von Lebensmitteln der Teuerung gesteuert werden könne. Dabei wurde die Frage auch von dem Gesichtspunkt behandelt, ob überhaupt bei den einzelnen Lebensmittel die Preise durch einen Einkauf und Verkauf seitens der Gemeinden in nennenswerter Weise unter die allgemeinen Preise herabgesetzt werden könnten. Bei den Beratungen wurde auch die Frage berührt, welche Wirkungen etwaige weitergehende Maßnahmen auf die zahlreichen Existenzen des Mittelstandes und Kleinhandels haben würden, die heute durch den Verkauf von Lebensmitteln ihren Unterhalt verdienen. . . .

Der Bericht spricht dann von dem gemeinsamen Bezug von Seefischen und fährt weiter fort:

Gegen die Beschaffung anderer Lebensmittel als An-gelegenheit von Groß-Berlin wurden erhebliche Bedenken erhoben. Die Prüfung der Frage muß deshalb den einzelnen Städten nach Maßgabe ihrer lokalen Verhältnisse überlassen bleiben.

Mit anderen Worten: man will sich an der Frage des kommunalen Lebensmittelvertriebs nicht die Finger verbrennen und überweist die diesbezüglichen Projekte den einzelnen Magistraten zu einem stillen Begräbnis.

Und damit haben die Agrarier und die Regierung, wenigstens in Groß-Berlin, genau das erreicht, was sie wollten. Ihre Rechnung stimmt. Sie haben den herrschenden Kommunal-liberalismus richtig eingeschätzt und ganz wie sie wollten und erwarteten, hat er ihnen einen billigen Vorwand geliefert, um die herrschende Schutzpolitik zu verteidigen.

Der Drache Teuerung, um im Bilde zu bleiben, hat zwei Köpfe. Dabon heißt der eine Agrariertum, der zweite Zwischhandel. Die Gemeinden verlangen von der Regierung Maßnahmen gegen das Agrariertum, die Regierung antwortet, indem sie den Gemeinden Maßnahmen gegen den Zwischhandel empfiehlt. Die Vertreter Groß-Berlins haben gegen solche Maßnahmen „erhebliche Bedenken“ — also arbeiten sie, wie gleichfalls auf der Mittwoch-Konferenz beschlossen wurde, eine neue gemeinsame Eingabe an die Regierung aus, die sich gegen die Schutzpolitik wendet. Darauf kann die Regierung dann wieder mit einem neuen Wunderlaß antworten, der den Gemeinden die Organisation des Lebensmittelvertriebs nochmals dringend ans Herz legt. Worauf die Gemeinden wiederum eine neue Eingabe ausarbeiten können, in der die Notwendigkeit einer Verringerung der Schutzpolitik abermals mit einleuchtenden Gründen belegt wird.

So geht das Spiel nun schon seit einigen Wochen fort. Und es geschieht so gut wie nichts! Es geschieht nichts, was wirklich geeignet wäre, dem Steigen der Preise für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs Einhalt zu gebieten!

## Die letzten Tage von Pompeji.

Von C. Salmzer.

1) Auch Jone konnte ihren Wert, doch mit jener reizenden Schwandtheit, die mit Recht für einen Vorzug ihres Geschlechts gilt, hatte sie das Talent, dessen so wenige geistreiche Männer sich rühmen können, ihre Fähigkeiten nach der geistigen Bildungstufe derer, mit denen sie umging, zu modifizieren und sich herabzulassen. Der erstehende Sprunghocherzog seinen Strahl an die Höhe, in die Höhen und auf die Klüften; er beglückte überall. Jenes Selbstbewußtsein, welches jeder Heber-gegnis innewohnt, wirkte bei Jone nur wenig auf ihre äußere Erscheinung; in ihrer eigenen Brust aber gepaltes es sich zur Unabhängigkeit. So verfolgte sie ihren eigenen glänzenden, aber einsamen Pfad. Sie nahm den Rat und die Erfahrung keiner anderen Matrione in Anspruch — sie gehörte nur den Antrieben ihrer eigenen unbefleckten Reinheit. Sie unterwarf sich keiner ibrannischen oder eigensüchtigen Anforderung der Sitte und bildete sich diese selbst nach ihren Uebersetzungen, welches aber mit so weiblicher Anmut und mit so zarten Rücksichten behaftet, daß man nicht sagen konnte, sie verleihe die Sitte, weil sie ihr gehorcht. Es war möglich, Jone nicht zu lieben, sie fand vielleicht sogar zu hoch für die Liebe gewöhnlicher Patriere; aber wer sie einmal liebte, der mußte sie auch bis zur Unbeugbarkeit lieben. Die Hülsenquellen ihrer geistigen Fertigkeit waren unerschöpflich — sie verachteten nicht das Geschwätz, ein Wort, ein Bild von ihr schien oft wie ein Rauber zu wirken. Wer sie liebte, der trat in eine neue Welt ein, und verließ diese umwölkte und beschränkte Erde. Er befand sich in einem Lande, wo ihm alles wie verflücht durch einen magischen Einfluß erschien. Wenn er sich in ihrer Nähe befand, glaubte er vor-hergehende Welt zu betreten; er wurde in jene Stimmung versetzt, die das große Jenseits so wenig ankommen läßt, und die gute Welt so oft aus dem besten Willen, der den Menschen befeuert und empört, und zwar allerdings auch die Welt in Anspruch nimmt, aber nur um sie zu vergegenständlichen. Das ganze Wesen schien besonders darauf berechnet, auf die Höhe und die Tiefe der Natur zu wirken, sie zu heben und zu befeuern; die Liebe zu ihr bereitete zwei Gegenstände, die Liebe selbst und den Ehrgeiz; — wer sie liebte, der mußte auch höheren Streben überherrscht sein. Sie war kein Weiber, das sie den unsterblichen, hoch heiligen Jenseits, eines Mannes, in dem die höchsten Leidenschaften ihren Sitz hatten, wählte an sich selbst. Ihre Schönheit und ihr Geist wirkten vereinigt auf ihn.

Es ist klar, daß die Haltung des Kommunal-liberalismus ebenso von wahlpolitischen Gründen bestimmt wird, wie die Haltung der Regierung. Beide wollen den Anschein erwecken, als wäre es ihnen wirklich darum zu tun, der Teuerung wirksam zu begegnen, und darum stürzen sie sich beide mit schönstem Eifer auf ein Gebiet, auf dem ihnen naturgemäß die Hände gebunden sind, während sie dort, wo sie wirklich etwas leisten könnten, untätig bleiben. Die Regierung kann die Zölle aufheben, die Einfuhrschneine beseitigen, die Einfuhr überseeischen Fleisches gestatten und fördern, aber sie kann nicht den Lebensmittelvertrieb organisieren. Die Gemeinden können kommunale Einrichtungen zum Schutze gegen die Teuerung schaffen, aber sie können die Lebensmittelzölle nicht beseitigen. Es wäre alles vortrefflich, wenn beide Teile nach den Worten handeln wollten:

Ein jeder lehre vor seiner Tür,  
Und rein ist jedes Stadtquartier.  
Ein jeder lerne seine Lektion,  
So wird es wohl im Hause stohn.

Statt dessen lehrt man gesittlich vor der Tür des anderen, und mischt sich in die fremde Lektion, statt die eigene zu lernen. Und die Bevölkerung muß es an ihrer Tasche, an ihrer Ernährung, an Leben und Gesundheit büßen, daß jeder der beiden Faktoren, die zu handeln berufen sind, immer nur volksfreundlich sein will, wo es ihn selber nichts kostet.

Ganz wesentlich wird jedenfalls der Kommunal-liberalismus in seiner Haltung von der Hoffnung bestimmt, daß er durch sie die Stimmen des Mittelstandes für die kommenden Wahlen gewinnen könnte. Ob aber diese Schutzgarde ausreichen wird, um ihn vor dem berechtigten Zorn der breiten Massen zu schützen, muß abgewartet werden. Geht es so weiter wie bisher, dann werden die Wahlen zum Strafgericht nicht bloß für die Regierung des schwarz-blauen Blocks, sondern auch für den die Gemeinden beherrschenden Liberalismus, der genau so wie die agrarische Regierung im Kampfe gegen die Lebensmittelteuerung versagt hat.

Die Regierung hat Bedenken, es sich mit den Agrariern zu verberben, und der Kommunal-liberalismus hat Bedenken, es sich mit dem Mittelstand zu verschern. Aber das Volk weiter hungern zu lassen, dagegen haben sie, wie es scheint, keine Bedenken!

## Politik in der Kaserne.

Die Kriegervereine machen gegenwärtig in Rekruten-„Fürsorge“. Die jungen Leute, die ins Heer müssen, werden zu Festen eingeladen, die von den Kriegervereinen veranstaltet werden. Dann gibt man den Rekruten einen Wink, das den Titel trägt: „Der Rekrut“. In ihm sind „Geheimworte für Rekruten der Armee und Marine“ enthalten. Das Büchlein wird herausgegeben vom Vorstand des Preussischen Landes-Kriegerverbandes und richtet sich in der Hauptsache gegen die Sozialdemokratie. In der Einleitung wird dem jungen Soldaten gesagt: „Unser Vaterland verdankt seine heutige Größe dem ruhmgekrönten Heere.“ Die weiteren Ausführungen sind ähnlich. Ueber Preußens Geschichte wird einiges erzählt, aber von historischer Wahrheit ist keine Spur. Was man den Volksschülern über die „Siege und Tugenden“ der preussischen Könige unterbreitet, das wird auch den Rekruten vom Landes-Kriegerverbande vorgelesen. Von der Marine wird gesagt, sie hätte noch nicht in den Gang der Weltgeschichte eingegriffen, aber dem Reiche und seinen Bürgern in der weiten Welt Achtung verschafft. Ueber die Wehrpflicht wird gesagt, sie sei die höchste Ehrenpflicht, denn der Soldat sei dazu berufen, Thron und Vaterland gegen äußere und innere Feinde zu verteidigen! Nach einigen Angaben über die Wehrpflicht heißt es:

„Aus allem erkennen wir, mit welcher Fürsorge für den einzelnen Bürger der Staat und das Reich vorgehen und wie sehr es unserer Regierung an Dingen liegt, daß die Dienstverpflichtung keine Härten in sich schließt. Wir erkennen aber

auch, wie unrecht diejenigen haben, die all ihre Stimmen Trachten nur darauf richten, gegen die bewährten Einrichtungen unseres Staates, gegen Gesetz und Ordnung, gegen Thron und Vaterland zu hetzen. Firmhaft, wie sie haben alle Ursache, stolz auf unser Vaterland und unsere Wehrkraft zu sein, so lange Ordnung und Behörde, Vaterlandsliebe und Frömmigkeit unseres Volkes sich Tugenden sind.“

Die Löhnung von 22 Pfg. pro Tag wird als reichend geschilbert. Der Soldat, der von Hause zu Zuschuß erhalte und sich mit seiner Löhnung behelfen könne sich trotzdem manchen Genuß gönnen!

Dann wird erklärt, der Fahnenraub sei ein Treugelüb fürs ganze Leben, und nicht nur für die Zeit der Dienstjahre, wie so mancher glaube, und wie die Feinde Thron und Vaterland so gerne den jungen und alten Soldaten vorreden. Das sei ein verhängnisvoller Irrtum, der einen Eid, der einmal geleistet sei, könne niemand lösen. Gott allein oder derjenige, dem sich die Soldaten verpflichtet hätten. Der Soldat schwöre die Treue im Beginn seiner Dienstzeit und wolle er nicht meinetwegen so müsse er sie halten bis zum Tode. — Dann wird dem Soldaten gesagt, daß er sich nicht immer gleich beliebt fühlen dürfe, wenn einmal ein hartes Wort falle. — Die größte und bedeutsamste Festtag im Leben des Soldaten der Geburtsstag des Allerhöchsten Kriegsherrn. Und Schlusssatz heißt es:

Er (der Soldat) hat in seiner Kompanie oder in der Schiffsbesatzung an Bord treue und vaterlandsliebende Kameraden kennen gelernt, es hat aber doch einige gegeben, deren Gebahren bereits durch die Wählerkreise der Sozialdemokratie verurteilt waren. Der wackere Soldat hält sich von diesen fern, nachdem er eingesehen hat, daß alle Bestreben, sie wieder an die rechte Bahn zu bringen, vergeblich gewesen sind. . . . Die Kameradschaft, das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der bei seinen Truppenteilen gefunden hat, das findet er in der Heimat wieder bei dem Krieger- oder Markteverein.“

Vor den Toren der Kaserne muß die Politik gehalten werden, so haben wiederholt die Vertreter der Heeresverwaltung erklärt, den Kriegervereinen aber gestattet man, die Rekruten mit politischen Tendenzschriften auszurüsten, die sie mit in die Kaserne bringen und die dort sehr leicht den Gegenstand der Diskussion bilden können. Stellt dann ein ausgeklärter Rekrut den patriotischen Verdrehungen die Wahrheit gegenüber, dann können daraus die ernstesten Folgen für ihn entstehen.

## Minister und Arbeiterelend.

Auf dem internationalen Kongreß für Wohnungshygiene, der am Dienstag in Dresden eröffnet wurde, hat der sächsische Minister Graf Bismarck v. Scharf in der Eröffnungsrede allerhand schöne Worte gesagt. Der Minister meinte unter anderem:

„Wir müssen aber doch mit ansehen, wie große Massen der Bevölkerung Lebensbedingungen ausgesetzt sind, die sich von den natürlichen weit und bebenlich entfernen. Wir nehmen dies hin als die Schattenseiten eines glänzenden kulturellen Fortschrittes, aber wir dürfen uns nicht der ersten Tatsache verschließen, daß es sich hier um Schattenseiten handelt, die den ganzen Wert unseres Kulturfortschritts in Frage stellen. Mit Stolz beachten wir, wie die Anspannung aller menschlichen Kräfte und maschinellen Leistungen uns Mittel gibt, unsere Erzeugnisse ins Unermessliche zu steigern, aber wir müssen doch zugeben, daß diese Anspannung und Anspannung die Gefahr einer die menschlichen Kräfte übermäßig verbrauchenden und die höchsten Lebensgüter in Frage stellenden Entwicklung in sich birgt.“

Nach diesem müßte man annehmen, daß der Minister den auf Befreiung gerichteten Bestrebungen der Arbeiterorganisationen Anerkennung zollen würde. So weit reicht es bei dem Herrn aber nicht. Vom Befreiungskampfe der Arbeiter ist bei ihm keine Rede und sein Rezept läuft im wesentlichen auf die Empfehlung kommunaler Wohnungsbauten hinaus.

„Ein weiterer Schritt ins sozialistische Reichland!“ Das Hungern ist dem Arbeiter so selbstverständlich, und zum anderen, zum Hungern ist er durch die Gesellschaft so selbstverständlich verpflichtet, daß er auf keinen Fall

unabhängig von den Außenbindungen zu erhalten wußte. Er bemerkte nicht oder wollte nicht bemerken, daß jene Isolierung selbst sie noch weiter von ihm, als von wertvolleren Naturen entfernte. Ihre Selbständigkeit und die feine Lage so weit auseinander, als der Nord- und Südpol, und waren so verbunden, als Tag und Nacht. Er stand allein infolge seiner Isolation; sie infolge ihrer poetischen Gefühle und ihrer Tugend.

Wenn es nun in der Natur der Dinge begründet lag, daß sie den Reichtum an sich festhalten mußte; so war es weniger aus Begreifen, wie sie so schnell und unüberdunkelt die Reizung des Alters gewinnen konnten. Gläubig hatte sich dem Genuß infolge eines Temperaments hingeben, welches aus den Lichtproben selbst gemacht zu sein schien, so leicht und heimlich war es. Er gehörte keinen kühnen Antrieben, wenn er sich den Ausblicken jenes Zeitalters überließ, als denen der Schwermut und Jugend. Der heile Blick seines Wesens erhellte jede dunkle Höhe, in die er geriet, jeden finsternen Abgrund, an den die Verirrungen ihn führten. Seine Einbildungskraft verblendete ihn, doch die Verderbnis erreichte nie sein Herz. Weit mehr Lebenslustigkeit behing, als seine Gefährten ihm zuzutrauen, sah er wohl ein, daß sie nur Ausschüben auf seinen Reichthum hegten, aber er betrachtete das Geld nicht als ein Mittel für den Genuß, und der lebensfrohe Sinn der Jugend war das Band, welches ihn an sie knüpfte. Er schätzte allerdings in sich das Streben nach einem höheren Ziele, als dem irdischen Genuß und Vergnügen, aber die Welt war die Erfüllung; — und die besten Tugenden, welche zu den Zeiten des freien Lebens in Glanz die Antriebe des Ehrgeizes in Tätigkeit gesetzt haben würden, mochten ihn jetzt unthätig und passiv machen, denn in jenen städtischen Verhältnissen war jeder edle Bestreben und jedes freiere Streben unmöglich geworden.

Undem sich Gläubig so in sich selbst zurückziehen mußte, konnte seine besten Fähigkeiten und Talente sich nicht anders äußern, als verdammt seiner verschämerten Einbildungskraft, die den Genuß heimlich verflucht. Der edlere Ehrgeiz fand keinen Ausweg, die besten Bestrebungen des Lebensgefühls wurden jedoch möglich gemacht, als er Jone kennen lernte. In ihrem Reichthum sah er ein Ziel, das Streben der Soldatentugenden; indem er ihre Gegenliebe zu empfangen sich bewußte, lenkte ihm ein Stern des Ruhms, den die Verderblichkeit eines hochgebildeten Staatslebens weder verdrängen, noch erlöschen lassen konnte. Auf diese Weise hielt sich die Liebe auch noch, selbst in den für jedes höhere Streben günstigsten Verhältnissen einen glänzenden und erhabeneren Sieg, als die Eroberung eines mächtigen und edeln Herrs.

Dieses Gefühl schien auch ihn zu begeistern. Wenn er sich in Jones Nähe befand, hatten seine Geisteskräfte einen höheren Schwung, und er fühlte sich in seinem ganzen Wesen vollkommener und besser. So wie seine Liebe, so mußte auch ihre Gegenliebe durch ihre heiderseitige Natur bedingt und notwendig sein. Er erschien ihr jung, schon bereift, und ein Athesener, wie die schönste Blüte der Poesie aus dem Lande ihrer Vater. Seitdem sie sich kannten, waren sie nicht mehr Geschöpfe auf einer Erde der Sorge und der Plagen; das Dasein war für sie von jetzt an nur ein heiliger Festtag. Sie schienen dem gewöhnlichen und rauhen Alltagsleben entrückt zu sein; die Träume des futuristischen Zeitalters waren für sie in die Wirklichkeit getreten, und in ihre Herzen fielen die letzten Strahlen der Sonne von Delos und von Ortygia.

Je mehr aber Jone in der Wahl ihrer Lebensart sich unabhängig erhielt, um so empfindlicher wurde auch das Gefühl des Bewußtseins ihrer Tugend. Die Verleumdungen des Neidlers konnten daher um so weniger ihre Wirkung verfehlen; und die vermeintliche Robust und Rücksichtslosigkeit des Gläubig verletzete sie aufs tiefste. Seine Äußerungen enthielten einen Tadel über ihren Charakter und ihr Leben, und selbst ihre Liebe wurde juristisch verwundet und verhöhnt; sie fühlte sich zum ersten Mal, wie schnell diese Liebe sie übertrakt hatte; sie erblickte über eine Schwäche, deren sie erst jetzt sich ganz bewußt wurde; sie bildete sich ein, diese Schwäche selbst habe die Verachtung des Gläubig erregt; sie empfand, was für edle Naturen der härteste Stolz ist — Demütigung! — Doch nicht weniger als ihr Stolz wurde auch ihre Liebe angegriffen. Wenn in dem einen Augenblick ihr empörtes Selbstgefühl Gläubig mit Vorwürfen überhäufte, wenn sie ihm einwarf, und fast ihn zu hassen anfang; so überwältigte sie doch bald wieder die unüberwindbare Leidenschaft in desto größerem Grade; sie brach in Tränen aus, das Herz forderte seine Rechte zurück, und half bezweifelnd sagte sie zu sich selbst: „Er verachtet mich — er liebt mich nicht!“

Nachdem der Neidler sie verlassen, hatte sie sich in die einsamste Zimmer zurückgezogen — so entfernte ihre Stenographie ihre Nähe, und ließ sich vor dem Schwarm ihrer Verehrer verbergen. Auch Gläubig trotz fast alle Schicksal, es beehrte ihn, doch er wußte sich den Grund dieser Zurückweisung nicht zu erklären. Er konnte sich nicht denken, daß seine Jone, seine Matrione, seine Gattin, jener weiblichen Dämonenähnlichkeit fröhle, über welche die Diebstahler Stalten so bittere Klagen führen. Er glaubte, sie sei über alle jene Klagen erhaben, die das Herz des Liebenden auf die Folter spannen; er fühlte sich beunruhigt, doch die Hoffnung ließ nicht nach; denn er wußte, daß er liebe und geliebt werde, und konnte er sich ein festes Schutzmittel gegen die Zukunft gewinnen?

durch Mindestlöhne gestützt werden darf — so dokumentiert die „Tägliche Rundschau“ in einem Mordartikel: Ein weiterer Schritt, ins sozialistische Neuland. Der Mindestlohn, der den Kallarbeitern durch das Kaligesez gewährt worden ist, war nach ihrer Meinung der erste Schritt dem jetzt, wie sie behauptet, der zweite noch viel schrecklichere folgen soll. Der Bund der Industriellen hat irgendwo gehört, daß die Regierung beabsichtigt, das auf seine Verabschiedung harrende Heimarbeitsgesetz nun doch noch mit Lohnämtern auszustatten. Darob große Enttäuschung. Die D. M. gibt zwar zu, daß die Heimarbeiter unter „menschenwürdigen und beinahe unerträglichen“ Umständen leben, aber ihnen gesetzlich Mindestlöhne zu gewährleisten, das geht nicht, denn — so sieht der Anfang vom Zukunftsstaat aus! Und noch anderen müssen vielleicht Unternehmern bei schlechten Wirtschaftszeiten, wenn sie ihre Arbeiter anständig zahlen, verhungern. So malt sich in diesen Köpfen die Welt! Daß ein Unternehmer nie auf Kosten der Arbeiter leben dürfte, will den Leuten selbstverständlich nicht in den Kopf. „Mehrwert über alles“ ist ihre Nationalhymne.

**Vom Kampfe gegen die Teuerung.** Der bayerische Landwirtschaftsrat hat einem Telegramm des Berliner Tageblatts zufolge in einer Sitzung, der auch Prinz Ludwig von Bayern beizuhörte, den Beschluß gefaßt, an die Regierung die Bitte zu richten, im Bundesrat dahin zu wirken, daß angeht die Ausfuhr der Kartoffeln — ihre zeitweise Subventionierung des Absatzes nicht aufhört, und daß vorläufig nur dem Verbrauch zugute kommen; zweitens daß den landwirtschaftlichen Brennereien gestattet werde, vorübergehend statt Kartoffeln Mais zu verarbeiten.

**Verögerung der Marokko-Interpellation.** Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ bringt eine, offenbar ostiglos inspirierte Notiz, in der ausgeführt wird:

„Der Umstand, daß bloßer Redaktionschwierigkeiten wegen der Abschluß der Marokko-Verhandlungen sich so lange hinauszögert, hat vielfaches Kopfweh erregt. Hier und da wurde auch der Vermutung Raum gegeben, daß durch die Verögerung die deutsche Diplomatie angesichts der nahenden Reichstags-Öffnung in eine Zwangslage versetzt und französischen Wünschen geneigter gemacht werden könnte. Diese Vermutungen können indessen ruhig ausgeschaltet werden. Die Regierung darf auf den Patriotismus unserer Volksvertreter vertrauen, welche sicherlich nicht wünschen werden, daß nur einige Tage früher in die Besprechung der Marokko-Verhandlungen eintreten zu können, auch nur ein Teilchen von dem geopfert werde, was als erreichbar und erzielenswert auf dem Programm der Reichs-Vertretung steht.“

Das kann natürlich nichts anderes bedeuten als die Ankündigung, daß die von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Marokko-Interpellation erst dann beantwortet wird, wenn es den Herren v. Bethmann-Hollweg und Riederer-Wächter in den Kram paßt. Der Appell an den „Patriotismus der Volksvertreter“ ist auf die bürgerlichen Parteien berechnet, denen damit nahe gelegt wird, auf eine sofortige Beantwortung der Marokko-Interpellation nicht zu drängen.

**Die Bundesratsbevollmächtigten von Elsaß-Lothringen.** Durch Erlass des kaiserlichen Statthalters von Elsaß-Lothringen vom 22. September sind auf Grund des Artikels 2 § 2 des Gesetzes über die Verfassung von Elsaß-Lothringen vom 21. Mai 1911 der Staatssekretär Freiherr von Ullrich, der Unterstaatssekretär Dr. Petri, Unterstaatssekretär Dr. Schuler als Bevollmächtigte zum Bundesrat, ferner der Unterstaatssekretär Mandel, Geheimrat Oberregierungsrat Dr. Sieverking, Ministerialdirektor Norbis als stellvertretende Bevollmächtigte zum Bundesrat ernannt worden.

**Mitgliedskandidatur zu den bevorstehenden Reichstagswahlen.** Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus guter Quelle erfährt, sind im ersten württembergischen Reichstagswahlkreis Ludwigschafen erneute Bestrebungen im Gange, eine Sammelkandidatur der rechtsstehenden Parteien: Bund der Landwirte und Zentrum einschließlich der Nationalliberalen zustande zu bringen. Es wird auch bereits der Name des in Aussicht genommenen Kandidaten genannt: Hofrat Eichenberger, bisheriger Bürgermeister von Speyer und Südsüßberg.

**Wändler und Zentrum.** Für die Nachwahl im Kreise Konstanz hat der Bund der Landwirte beschlossen, den Kandidaten des Zentrums zu unterstützen.

**Deutsche Handwerker-Wahlbarone.** Der heftige Handwerkerkongress hat beschlossen, im Wahlkreis Friedberg-Büdingen, wo Bund der Landwirte und Nationalliberalen einen gemeinsamen Kandidaten aufgestellt haben, Stimmhaltung zu üben; im Wahlkreis Kassel, den z. B. der Antisemit Lattmann im Reichstage vertritt, soll den Handwerkern freie Wahl zwischen dem Antisemiten und dem Nationalliberalen gelassen werden. Dagegen will man in den anderen deutschen Wahlkreisen für die Antisemiten eintreten. — Auf den Wahlausfall selbst wird die Haltung der heftigen Handwerker allerdings wenig Einfluß haben, denn dazu zählt diese Organisation doch viel zu wenig Mitglieder.

**Lohnende Steuerhinterziehung.** Vor der Strafkammer in Stuttgart wurde der Prof. Dr. Günstlich von der technischen Hochschule in Stuttgart wegen vollzogener Steuerhinterziehung zu einer Geldstrafe von 20.000 Mark verurteilt. Die Angelegenheit gegen Professor Günstlich war von einem seiner Kollegen erstattet worden.

**Der Landtagswahlkampf in Elsaß-Lothringen.** Die Straßburger Post veröffentlicht eine Zusammenstellung der Kandidaturen zur Zweiten Kammer des Landtags. Im Oberelsaß sind 17, Unterelsaß 23 und in Lothringen 20 Abgeordnete zu wählen. Die Sozialdemokraten haben in sämtlichen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Von den übrigen Parteien hat das Zentrum 29, die vereinigten Liberalen und Demokraten 23, der Nationalbund 4, der Lothringische Block 17 Kandidaten aufgestellt worden.

## Ausland.

### Rachejustiz in Oesterreich.

Die Konfiskationspraxis steht wieder in Blüte. Es ist immer ein Zeichen, daß besondere Rücksichtslosigkeit im

österreichischen Staate vorgehen, wenn die Arbeiter-Zeitung der staatsanwaltschaftlichen Beschuldigung verurteilt. Diesmal handelt es sich um die Kennzeichnung der Sorte Rechtsprediger, die, set es in höherem Auftrage, sei es aus der Wut der Seiten und ihrer Dienstleute über die Folgen von Hunger und Unbildung, gegen die meist sehr harmlosen „Ergebenden“ des Demonstrationssonntages wütet. Da erhält ein achtzehnjähriger Bursche, der eine Anzahl Katernen eingeschlagen hat (er gibt 8 zu, nach der Anklage sollen es 13 sein), trotz Jugend, Unbescholtenheit und offenem Geständnis, 15 Monate schweren Kerkers. Ein Sechzehnjähriger, der Steine geworfen und sich der Verhaftung widersetzt hat, wird zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt, 8 Monate sind die Strafe für einen verurteilten Steinwurf, das heißt das Bluten nach einem Stein! Dieselben Dinge, die sonst als Summenrechnung mit kurzen Arreststrafen geahndet werden, gelten nun, da sie unter der Empörung über Not und fribole Lebensmittelverwertung, unter dem Einfluß einer wahrhaftig durch Lockpöbel oder doch die Nachwirkungen der unverständig-brutalen Kadavopolitik des antisemitischen „Sozialismus des dummen Kerls“ verursachten Massenaggression begangen worden sind, als Verbrechen, die mit der Verhängung zahlreicher jugendlicher Kerker ihre „Sühne“ erfahren müssen. In einer ergreifenden Betrachtung weist die Arbeiter-Zeitung darauf hin, wie unendlich viel mit so einem Monate- und jahrelangen Einsperren unbescholtener junger Menschen zu alten Verbrechen — Oesterreich hat noch keine Jugendstrafanstalt — an Lebenswert zerbröckelt wird.

Ein Vergleich aber mit den wirklich roh-brutalen, wieder durch bittere Not noch durch die Empörung über ernste Gesellschaftsschäden begründeten Ausschreitungen der nationalen Bourgeoisjugend zeigt, wie sehr es sich hier um Klassenjustiz niedrigerer Art handelt. Die italienischen Studenten, die in der Wiener Wina geschossen haben, hat man mit Geldstrafen bestraft. Die Innsbrucker Studenten, die die italienische Fakultät demoliert haben und 3 Tage lang Fenster, Auslagen und was ihnen sonst erreichbar war, zertrümmert, sind mit der bloßen Verhaftung davongekommen: gegen die meisten wurde die Untersuchung eingestellt, und die paar Verurteilten wurden begnadigt. Deutschnationale Ergebenden sind in Deutschböhmen des Freispruchs oder wenigstens der allermildsten Strafe sicher. Von den italienischen Chauvinisten, die im Jahre 1907 deutsche Ausflügler mit Eisenbomben, mehrere Personen verletzten, in einer ganzen Reihe Eisenbahnwaggons die Fenster einschlugen, sind die allermeisten wegen Mangel eines Tatbestandes freigesprochen worden, die paar Verurteilten sind mit höchlich geringen Arrest- und Geldstrafen davongekommen. Und in Wien ist ein sechzehnjähriger Junge wegen eines Steinwurfs, aus dem der Witz der Richter ein Morddelikt hervorgebracht, zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt worden! Das ist keine Verkündung von Recht, das ist schändliche Gewaltjustiz.“

Weiter wird gezeigt, daß es sich hier um ein richtiges Komplotz handelt. Jahresniegelang sind die strengen Strafen des alten und veralteten Strafgesetzbuches von 1852 durch ständige Anwendung mildernder Grundzüge außer Kraft gesetzt worden. Und nun kommen zu gleicher Zeit zwei Wiener Strafgesetze und ein Bezirksgericht zur Anwendung der grausamen Gesetzesnormen, die sie noch durch seltsame Auslegungsregeln für die unbedeutendsten Fälle zurechtfinden. In der Interpellation, die unsere Genossen im niederösterreichischen Landtag an den Statthalter gerichtet haben, um Auskunft über die Milderung der Strafrecht durch die Konfiskationen zu fordern, wird gesagt, daß die ungewöhnliche Schwere der Strafurteile in der gesamten Oesterreich die nachteiligste Bewegung hervorgerufen hat. Sie fordern die Kritik gerade heraus, die Abwehr der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, die von diesen überstiegenen Verurteilungen auf das schärfste berührt wird.

Drei Todesopfer hat das schneidige Vorgehen des Militärs — kennzeichnend ist es auch, daß man gegen die Empörung im deutschen Wien bosnische und sonstige fremdbürtische „Waterlandsberaubter“ losgelassen hat — schon gefordert. In gewaltigen Scharen hat das arbeitende Volk ihnen imponierende Leichenfeiern veranstaltet. All dieses Blut, all das fürchterliche Gend einer grausamen Rachejustiz kommt zu dem immer höher anschwellenden Konto des Lebensmittel- und Wohnungsmangels. Es wird nicht zugunsten der bürgerlichen Ordnung und ihres neuen fromm-brutalen Vordämpfers sein, wenn dieses Konto in absehbarer Zeit beglichen wird.

**Die Hochburg Ottakring.** Aus Wien wird gemeldet: Bei der durch den Mandatsverzicht Schumetzers notwendig gewordenen Reichsratsratswahl in Ottakring wurde der Sozialdemokrat Sever mit 9888 Stimmen gewählt. Der Christlich-Soziale Peigl erhielt 2222 Stimmen. Schumetzler war doppelt gewählt. Die sozialdemokratischen Stimmen nahmen zu, die christlich-sozialen ab.

### Die Wahlen in Schweden.

Aus Stockholm schreibt man der „Welt-Volkszeitung“: Spät am Sonnabend abend wurde das letzte Resultat der Wahlen für die Zweite Kammer bekannt. Danach sind jetzt gewählt: 64 Sozialdemokraten, 101 Liberale und 65 Konservativen. Für die Sozialisten sind 170.299 Stimmen, für die Liberalen 244.596, für die Konservativen 188.276 abgegeben worden. In der liberalen Wahlziffer gehen jedoch einige tausend sozialistische Stimmen ein, die in solchen Gegenden abgegeben worden sind, wo die Sozialdemokraten gar keine Ansichten hatten, und wo ausschließliche Liberale kandidierten. Vor den Wahlen saßen in der Zweiten Kammer 35 Sozialdemokraten, 102 Liberale, 93 Konservativen. Etwa 60 Prozent der Stimmberechtigten haben sich an den Wahlen beteiligt.

Die neuen Wählermassen, die durch die Wahlrechtsreform geschaffen wurden — die Zahl der Wähler wurde etwa verdoppelt — haben also den Ausschlag gegeben. Wie man aus den Ziffern erkennt, war das Ergebnis für die Sozialdemokraten überaus günstig. Auch hätte man vor den Wahlen in Parteikreisen auf höchstens 54—55 Mandate gerechnet. Die freudigsten Erwartungen sind also übertrumpft. Während die liberale Partei beinahe gleich stark aus dem Wahlkampf hervorgeht und die Konservativen völlig geschlagen sind, hat unsere Partei einen so gewaltigen Zuwachs an Mandaten errungen, daß sie der konservativen beinahe gleichkommt und für die Zukunft als eine politische Macht ersten Ranges betrachtet werden muß. Die Liberalen, die große Parteien über ihre Partei als die größte Partei des Landes haben erklingen lassen, werden den Mittelpunkt ihrer Entwicklung erreicht haben. Die konservative Partei hat alle ihre Stützgruppen aus den Reihen des Mittelstandes, des Kleinbürgertums und der Kleinbauern verloren, die zum Liberalismus übergegangen sein dürften. Die fortschrei-

tende Industrialisierung und Proletarisierung des Landes wird schon bei den nächsten Wahlen große Massen der Wähler in liberalen Stimmenden in die Arme der Sozialdemokratie treiben. Der Zuwachs unserer Partei wird noch beachtlicher bei einem Vergleich mit den früheren Verhältnissen. Im Jahre 1898 wurde zum erstenmal ein Sozialdemokrat in die Zweite Kammer gewählt, zu dem sich im Jahre 1902 noch drei Parteigenossen gesellten. Im Jahre 1905 wurden 13 gewählt, und während der folgenden dreijährigen Reichstagsperiode wurden in Ergänzung noch 4 Sozialdemokraten in den Reichstag entsandt. Im Jahre 1908 stieg die Zahl der Reichstagsmitglieder auf 33, und erreichte durch den Uebertritt zweier Radikale die Zahl 35. Endlich ist unsere Partei den bürgerlichen Parteien ebenbürtig geworden.

Es werden ganz gewiß nicht nur die Industriearbeiter sein, die der Partei diesen glänzenden Sieg erschlossen haben. Der Proporz bedeutete tatsächlich keinen großen Zuwachs der Arbeiterwähler, die durch die mannigfachen konservativen Garantien das Stimmrecht verloren. Es waren hauptsächlich außer dem Mittelstande die Landproleten und die Kleinrentner, die durch das neue Wahlsystem das Stimmrecht erhalten haben. Diese haben nun, speziell in den Gegenden, wo die Ausbeutung der großen Aktiengesellschaften ihnen die Augen geöffnet hat für die Schattenseiten des Kapitalismus, mit der Sozialdemokratie gestimmt. Interessant ist dabei, daß zum Beispiel in Gäddede (in der Provinz Västerbotten) die Sozialdemokraten bei weitem die größte Partei sind und die Liberalen überlegen. In dieser Provinz, in der der konservative Ministerpräsident Lindman früher Direktor einer großen Wollweberei-Gesellschaft gewesen ist, haben die Konservativen kein einziges Mandat ergattert, und auch von den gewählten Liberalen ist wenigstens der eine ein aufrichtiger Radikaler.

Die Konsequenzen der Wahlen sind schon gezogen. Das konservative Ministerium reicht seine Demission ein, und der Führer der Liberalen, Staaff, der Typus eines wandelmutigen Liberalen, wurde zum König berufen. Es zirkuliert das Gerücht, daß die Konstituierung des Reichstages in halbkonserverbarer Richtung geschehen wird, gewiß nicht ohne den persönlichen Willen des Regenten.

## Arbeiterbewegung.

**Der Tarifauschuss der deutschen Schuhmacher hat den Einigungsantrag der Einigungs-Kommission, in dem bezüglich Lohn und Arbeitszeit und auch bezüglich der Sonderbestimmungen für Maschinenmeister und Trucker, soweit es sich hierbei um die Hauptfragen handelt, die berechtigten Wünsche beider Parteien soweit als möglich Berücksichtigung gefunden haben, mit 23 gegen 2 Stimmen angenommen.**

**Tarifabschluss für die Gelbungsmonitore in Frankfurt a. M.** Durch Verhandlungen kam ein Tarifvertrag zum Abschluss, der für die Gelbungsmonitore und Helfer wesentliche Verbesserungen enthält. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 55 Stunden gegen bisher 57 bis 60 Stunden, der Mindestlohn für Monitore 70 Pfg., bisher 60—63 Pfg. pro Stunde; für Helfer im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 45 Pfg., danach bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres 55 Pfg. Dieser Betrag der Mindestlohn für Helfer 42 Pfg. Monitore erhalten eine Lohnerhöhung von mindestens 3 Pfg. und ab 1. Juli 1912 eine abermalige Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde. Die Montagelohnanlage wurde für Monitore von 3 Mark auf 3,30 Mark und für Helfer von 1,50 Mark auf 2 Mark pro Tag erhöht. Der Ueberstundenzuschlag beträgt für die beiden ersten Stunden 25 Prozent, für jede weitere Stunde sowie bei Sonntagarbeit 50 Prozent, bei Arbeiter an den hohen Festtagen 100 Prozent. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. Oktober 1914.

**Ausperrung in einem Sprengstoff-Fabrik.** In Troisdorf (Rheinland) befindet sich eine Fabrik der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-Fabrik-Gesellschaft zu Köln, die in einer Zellulose- und in einer Pulver- und Schießbaumwolle-Fabrik besteht. Es werden dort 2000 bis 2500 Arbeiter beschäftigt. Um eine Verbesserung der Löhne zu erzielen, schlossen sich die Arbeiter der Organisation an. Die Direktion fürchtete dadurch jedenfalls, daß sie dann nicht mehr eine Dividende von 14 Prozent verteilen könnte, wie das bisher der Fall war. Die Arbeiter wurden deshalb unter der Androhung der sofortigen Entlassung aufgefordert, einen Renes zu unterschreiben, wonach sie aus den Verbänden — gleich welcher Art — austreten. Die Arbeiter aber weigerten sich dessen und es wurden in der Tat alle organisierten Arbeiter entlassen. Betroffen hiervon sind 154 Mann, die teils christlich, teils im Fabrikarbeiter-Verband organisiert sind. Eine von den Arbeitern gewählte Kommission wurde nicht empfangen. Die Firma sucht Streikbrecher aus dem Ausland heranzuziehen; es wird dringend davor gewarnt, nach Troisdorf resp. nach Köln Arbeit anzunehmen.

## Wer Schnaps trinkt

zahlt freiwillig Steuern,  
fällt Junkerfädel,  
ruiniert seinen Körper,  
zerstört seine Familie,  
verblödet seine Nachkommen,  
hilft Irrenhäuser füllen.

## Arbeiter, meidet den Teufelstrauf!

Verantwortlicher Redakteur: Paul Kappel in Dresden; für den Verlagsbesitzer: Paul Kappel in Dresden. — Redaktion und Druckerei: Neue Druckerei, Postfach 7, Leipzig, am Markt 10. Druck von Th. Schönlank, G. m. b. H. in Dresden. Preis 3 Heller.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

# Trotz der Teuerung billige Suppen!

MAGGI® altbewährte Suppen kosten nur 10 Pfennig für 2—3 Teller. Einfach mit Wasser kurze Zeit zu kochen. Mehr als 30 Sorten wie Reis, Erb, Strohbohnen, Quark usw. Man verlange aber ausdrücklich MAGGI® Suppen mit dem Kreuzstern, denn sie sind die besten!

**Stadt-Theater.**  
 Donnerstag, 7 Uhr:  
 „Tristan und Isolde“.  
 Freitag, 7 1/2 Uhr:  
 „Carmen“.  
 Sonnabend, 7 1/2 Uhr:  
 „Die Waise“.  
 „Die Waise“.

**Lobe-Theater.**  
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:  
 „Julius Caesar“.  
 Freitag, 7 1/2 Uhr:  
 „Die Liebe hört nimmer auf“.  
 Sonnabend, 7 1/2 Uhr:  
 „Die Geschwister“.  
 „Der eingebildete Kranke“.

**Thalia-Theater**  
 Sonnabend, 7 1/2 Uhr:  
 Gruppe B, 2. Vorstellung: 5627  
 „Chyriene“.  
 Billetverkauf am Tage der Vorstellung  
 von 10—2 Uhr im Stadt-Theater und an  
 der Abendkasse.  
 Sonntag, 7 1/2 Uhr:  
 „Samuelson“.  
 Billetverkauf Freitag und Sonnabend  
 von 10—2 Uhr im Stadt-Theater und im  
 Thalia-Theater.

**Schleifer u. Siebmacher**  
 5618  
 verlangt bei höchstem Lohn Walter  
 Grohmann, Schleifer u. Siebmacher,  
 Dohme 1. Markt, Kreis Jülich. [5687]

**Junge Arbeitsmädchen**  
 finden leichte Beschäftigung. 5794  
 Arthur Holborn, Friedr.-Kassstr. 13, 1. u. II.

**Erfinder Erfolg.**  
 Für größere industrielle Unter-  
 nehmungen werden Erfindungen u.  
 Ideen zu laien gesucht. [5784]  
 Offerten unter N. 594 P.M. an  
 Rudolf Mosse, Postfach 2.

**Kaufe alte Schränke**  
 Vertikal, Vitell., Eifel, Rommoh.,  
 Balth., gg. Strub., Friedrichs, ge. 107.  
 Zahlg. Wähler, Gartenstraße 53. 568

**Bürsten-, Kamm-, Holz- u. Korbwaren**  
 Paul Flechtner, Bürstenmacher-  
 meier, Alsterstraße 81. 4295

**Tafel-Tafel**  
 Berühmte Spezialität der Firma.  
 Nur eigenes Fabrikat  
 aus bestem Mohair-Panama in schwarz, marine,  
 braun, dunkelgrün oder grau.  
 Aparte kleidsame Formen in sauberster  
 Verarbeitung.

**Leinenhaus**  
**Bielschowsky**  
 Nikolaistr. 75/76 Breslau Ecke Gerrenstr.



**Schauspielhaus**  
 Donnerstag, 8 Uhr:  
 „Das Nussbaummädchen“.  
 Freitag, 8 Uhr:  
 „Das Rindchen“.  
 Sonnabend, 8 Uhr:  
 „Der Großmutter“.

**Liebich's Etablissement**  
 „Die Nihilistin“  
 Mac Buns Yamagata  
 Christiani & Louise.  
 etc. etc. etc. 608  
 Vorstellung 7 1/2 Uhr:

**Gebr. billig. Möbel!**  
 Schrank, Sofa, Tisch, Spiegel, Verti-  
 kal, Stühle, Gemälde, u. Porzellan, zu  
 verl. Friedrichstr. 53 a, str. 5785

**Frische Fluss- u. See-  
 Fische, Fisch-Koteletts**  
 empfiehlt Daniel Hoffmann,  
 Poststr. 12. Tel. 2044. Delikatess.  
 Weine, Mineralbrunnen. [5793]

**Frische Hasen**  
 halbe Hasen von 1 Mk.,  
 frische Wildenten von 2 Mk.,  
 frische Hasenleber v. 30 Pf. u. 1/4,  
 süßen jungen Hirschkfleisch von  
 30 Pf. an, frische Schwarzwildenten  
 5637 bei Valentin, Neumarkt 2.

**Wilhelmsburg.**  
 Heute  
 Donnerstag: Großes Tanz-Kränzchen. Bei der Polonaise folgende  
 Gäste.

**Tivoli** Neuborffstraße Nr. 35.  
 Heute Donnerstag:  
**Tanzkränzchen**  
 mit Polonaise, Polonaise, Entree 10 Pf.,  
 wozu ergebenst einladet [4770] G. Neugebauer.

**Rezitationsabend Charlotte Rother**  
 Sonntag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr,  
 Horusloge, Zimmerstraße 15. 5781  
 Vortrag moderner Dichtungen.  
 Eintrittskarten à 3.20, 2.15, 1.05 bei Kainauer, Schweidnitzerstr. 52.

**Viktoria-Theater**  
 Neues Programm.  
**Um ein Weib.**  
 Sensat. Ausstattungsstück.  
 Edl. Bium & Spisels  
 etc. etc. 5774  
 Freitag 8 Uhr.

**Chariteur**  
 Bester Frauenschuh  
 Herzlich empfohlen, geistlich  
 geschützt. Preis 1/2 Mark.  
 Frau Hirsch, Birnig  
 Frauenstraße 15. [5778]

**Hentschels** Etablissement Pöpelwitz.  
 Heute Donnerstag: 5797  
**Tanz-Kränzchen.**  
 Entree frei. Bei Polonaise. Bemerkenswerte Entschädigung.

**Weinstr. 11.** Den werten Gästen u. Freunden  
 des Herrn Röhrig zur ge-  
 fälligen Nachricht, daß wir sein  
 Restaurant mit dem heutigen  
 Tage übernommen haben und bitten um gütigen Zuspruch  
 5790 Achtungsvoll Ernst Barisch und Frau.  
 H. Schultheiß und andere Diene. Hauswirtschaftliche Wurst.

**Globin**  
 bester Schuhputz



**Zeitgarten**  
**Ganz neues**  
**Programm.**  
**10**  
 Attraktionen.  
 Entree 20 Pf. 5601

**Möbel!!**  
 Gebrauchte Sofa,  
 Vertikale, Chaisel-  
 longars, Schränke,  
 Tische, Stühle sowie  
 neue Möbel sehr bill.  
 zu verkaufen. 5041  
**Bauch,**  
 Sonnenstraße 2,  
 an d. Siebenhufenstr.  
 Alle Möbel tausch ein.

**Schneider** am Callow, Pale-  
 sold, Straße 107

**Konsumverein „Solidarität“ zu Landeshut**  
 (Eingetrag. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht).  
 Sonntag, den 15. Oktober 1911, nachm. 2 Uhr,  
 im Saale des Gasthofes „Zur Sonne“ in Landeshut:  
**General-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Geschäftsbericht des Vorstandes.  
 2. Bericht des Aufsichtsrates.  
 3. Genehmigung der Bilanz und Beschlussfassung über Verteilung  
 des Reingewinnes und Entlastung d. s. Vorstandes.  
 4. Ergänzungswahl des Vorstandes und Aufsichtsrates.  
 5. Kenntnisnahme vom Bericht der letzt stattgefundenen Revision.  
 6. Antrag auf Abänderung des § 27 des Statuts.  
 Um recht zahlreiche Beteiligung wird eruchtet.  
 Der Aufsichtsrat,  
 J. A. A. Kriegel.

**Kehre wieder**  
 nur mit unseren Hochbaar- oder Vorklebefen, Handlegern und bemerke oft unsere  
 Schuhbürsten, Schrubber, Schuermittel, Pinsel etc. so ist

**Alles geordnet**  
 im Haushalt und überall herrscht Reinlichkeit. 5282  
**Wenn Du Rekrut wirst**  
 liefern wir vorrichtsmäßige Absperrtüren, Knopfgehäbe, Wurst, Röhren, Spiegel,  
 Brustbeutel, Lederzeug etc. zu bekannt niedrigsten Preisen. Es  
**soll uns nichts trennen**  
 von unserer Kundschait — zufrieden sollen alle sein.  
**London & Co., Oderstraße 5, vom Ringe.**

**Palmengarten.**  
**Oktoberfest**  
 à la München  
 unter Leitung des Hofwirts  
**P. KORN.** 5585  
**Haupt-Orchester**  
 Entree frei.

**Blau Arbeits-Anzüge**  
 Best. Stoffe oder grade  
 u. Dots, genau nach  
 Maß und dauerhaft.  
 I 4.50 (Dunkelblau)  
 II 4.50 (blau)  
 III 5.50 (blau)  
 IV 4.50, Pa. Klee  
 V 7.-  
 VI 8.50 (blau)  
 Nach oder ohne die Hälfte  
 Versand geg. Nachnahme.  
 Nicht zugesendet wird  
 zugeworfen. Geben-  
 ungenötigt: Expedition und Expeditions-  
 Niederbinder erhalten Rabatt. [1252]

**Ausstellungs-Räume in 6 Etagen!**  
**Möbel-Einrichtungen**  
 in jeder Preislage.  
 Langjährige Garantie. Billige Preise.  
**Krimke & Co.,** Neue Grapenstr. 7  
 = am Sonnenplatz =  
 5668

**Wahlkreis Waldenburg**  
**Fellhammer.**  
 Der geehrten Einwohnerheit von Fellhammer und Umgegend die ergebene  
 Mitteilung, daß ich am 1. Oktober 1911 das  
**Gasthaus „Zur schönen Aussicht“**  
 pachweise übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, meinen werten Gästen  
 in jeder Weise entgegen zu kommen und bitte deshalb um gütigen Zuspruch.  
 Achtungsvoll **Julius Scholz und Frau.**

**Reformkleid** (allfächerarm) überall  
 passend, Größe 5 Pl., das  
 Beste f. Frauen u. Kinder.  
 5748



**Gaspar Kauerhase**  
 Breslau I. Reichenstr. 45, pt. u. I. Et.  
 Jeder Reput. bringt zum Stande.

**Alteisen, Metalle**  
 sucht zu höchsten Preisen  
 Max Haas, Mühlentorstraße 4.

**Die Gleichheit**  
 (Frauenzeitung.)  
 Nr. 14 Tage erscheinend, Zeit 10 Pfennige.

Vom 16. Oktober ab bin ich in Friedland als  
**praktischer Arzt, Wundarzt**  
 und Geburtshelfer  
 tätig. 5786-88  
**Dr. med. Clarus**  
 Friedland, Bez. Breslau, Markt 2, zweite Etage.  
 Sprechstunden: Wochentags 8—10 Uhr vorm., 1—2 Uhr  
 nachm.; Sonn- u. Feiertags nur 9—10 Uhr.

**Sonntagslos.**  
 Rechtsstreit  
 = Differenz =  
**3000**  
**Weckeruhren**  
 bekannt gute Werke  
 = 1200 =  
 = 150 =  
 Diese Weckeruhren werden auf  
 den Gang und längeres Leben  
 garantiert und geben [5632]  
 = für Schiffe = Garantie.  
**Paul Altor**  
 Breslau, Markt 2, zweite Etage.

**Möbeln**  
 Kaffee- u. Theetisch, Tisch 25  
 Stuhl 24 u. Stuhl 35  
 Tisch- u. Stuhl-Set  
 Preis 20 Pf. = am Sonnenplatz =

**Max Giesel**  
 Größtes Möbel-Kaufhaus  
 der Provinz, Markt 2, zweite Etage.  
 = 1200 =  
 = 150 =  
 = für Schiffe = Garantie.  
**Paul Altor**  
 Breslau, Markt 2, zweite Etage.

**Gehörst Du zu uns?**  
 Eine Anzahl an einem jungen Arbeiter  
 von **Heinrich Schütz**  
 Preis 20 Pf. = am Sonnenplatz =

**Aufgepaßt!**  
 Der junge Mann, der sich als Heinrich  
 Müller ausgab, ist in Ober-Waldenburg,  
 Gauherstraße 31 wohnen wollte, wird  
 erwischt. Die geliebten Sachen, Rod, Hufe,  
 Wehr und Klappstuhls 3 Tagen  
 zurückzubringen, andernfalls Anzeige bei  
 der Staatsanwaltschaft erfolgt. 5652  
 Frau Seifert  
 Waldenburg, Freiburger Straße 5.

**Eduard Bernstein:**  
 Die  
**Natur u. die Wirkungen**  
 der kapitalistischen  
**Wirtschaftsordnung.**  
 Preis 20 Pf.  
 Buchhandlung Volkswacht

Seeben in 2. Auflage  
 erschienen:  
**Hermann Wendel**  
**Die Fleischwucher!**  
**Die Gottesgudentum!**  
 Wegen angeblicher  
 Majestätsbeleidigung  
 konfiszirt gewesen!  
 Preis 10 Pf.  
 Buchhandlung „Sollwacht“

## Der Betrugsprozess gegen den Grafen Wolff Metternich.

C. B. Berlin, den 3. Oktober 1911.

Der am 14. Juli vertagte Prozeß gegen den Grafen Giesbert Wolff Metternich wurde heute vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I. Berlin, wieder aufgenommen. Das Publikum, besonders aus dem Tiergartenviertel, bewies durch starken Andrang sein großes Interesse an der Affäre. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Borzell, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Jaffé und Dr. Lisberg. Sehr bemerkt wird bei dem Zeugenauftritt, daß Frau Wolff Wertheim und ihre Tochter Frau Dolly Landsberger fehlen. Sie haben Krankheitsatteste eingeschickt.

Vor Eintritt in die Verhandlung ließ der Angeklagte durch seine Verteidiger den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Erliger, und den Landrichter Krüner ablehnen und lehnte selbst die ganze Strafkammer mit einziger Ausnahme des Landgerichtsrats Breskorn ab. Als Ablehnungsgründe brachte der Angeklagte bezw. seine Verteidiger vor, daß der Verdacht einer unzulässigen, ja geschwindigen Beeinflussung durch den Justizminister vorliegt und daß Landgerichtsdirektor Erliger sich bei dem im Juli abgebrochenen Prozeß außerordentlich parteiisch zu Gunsten der Frau Wolff Wertheim und zu Ungunsten des Angeklagten geäußert hat. Nach der Aussagung des Angeklagten soll er in den Akten eine Anklage an den Vorgesetzten Graf Metternich, seinen Onkel, befinden. Der Vorgesetzte soll darin gefragt werden, ob er die Schulden seines Neffen bezahlen wolle oder nicht. Erst nachdem die vernennende Antwort des Vorgesetzten eingetroffen sei, habe man Anklage erhoben.

Eine aus dem nichtabgelehnten Landgerichtsrat Breskorn und zwei andern Richtern gebildete Beschlusssammer, wies den Ablehnungsantrag zurück. In der Verhandlung über den Antrag kam es schon zu

### Bestimmte Zusammenstöße zwischen dem Staatsanwalt, der den Angeklagten einen ganz gewöhnlichen Betrüger nannte, und der Verteidigung. U. a. erklärte der Staatsanwalt, Frau Wolff Wertheim sei gewissermaßen durch Zeitungsartikel ins Ausland getrieben worden.

Nachdem nach Zurückweisung des Ablehnungsantrags wieder Landgerichtsdirektor Erliger den Vorsitz übernommen hatte, erzählte der Angeklagte zunächst seinen Lebenslauf. Er hat das Gymnasium bis Untertertia besucht, ist nach Amerika geschickt worden und ist in Chile und Argentinien gewesen. Durch einen Schwindler, einen angeblichen Baron Feuner sei er nach Berlin gekommen und daselbst in Schulden geraten, weil er von zu Hause ohne Zutun gelassen wurde. Er hat dann sein Augenmerk auf reiche Privatleute gelenkt. Auf der Suche nach einer Millionenbraut, habe er dann die Tochter der Frau Wolff Wertheim aus ihrer ersten Ehe mit einem Herrn Vincus, die trotz ihrer 18 Jahre damals schon geschiedene Frau Dolly Landsberger, kennen gelernt. Der Angeklagte erklärt, er wolle möglichst diskret sein, erzählt dann aber, daß er mit Frau Dolly wiederholt am Abend allein in ihrem Boudoir zusammen gewesen sei, nachdem die Eltern sich schlafen gelegt. Das sei mit Zustimmung, ja direkt auf Wunsch der Frau Wolff Wertheim geschehen. Er habe sich auch mit Frau Dolly in der letzten Zeit gebüht und geküßt. Aus Anspielungen, der Frau Wolff Wertheim und ihres Gatten habe er annehmen müssen, daß man ihn als einen ernsthaften Bewerber um die Hand der Frau Dolly Landsberger betrachte. Ganz besonders entzückt sei Frau Wolff Wertheim gewesen, als gelegentlich herauskam, daß der Angeklagte durch einen Prinzen Salim weitläufig mit dem österreichischen Kaiserhause verwandt ist. Er sei allgemein als der zukünftige Bräutigam der Frau Dolly betrachtet worden und habe durchaus nicht, wie fälschlich behauptet werde, die Rolle eines besseren Haushofmeisters gespielt.

Verschiedene Beweisangebote der Verteidigung werden abgelehnt. U. a. der Antrag auf Vernehmung der in der „beiferen“ Gesellschaft sehr geschätzten Heiratvermittlerin Frau Marcarate Bornstein, die bezeugen soll, daß in Berlin W. ein echter Graf mit Bequemlichkeit eine Millionenbraut erhalte.

Die Zeugenvernehmung geht am ersten Verhandlungstage nicht sehr weit, förderte aber schon recht interessante Momente zu Tage. Zwei Krankenschwestern bezeugen, daß Frau Wolff Wertheim und Frau Dolly Landsberger trotz ihres nahen verwandtschaftlichen Verhältnisses

### wie Hund und Katze miteinander gestanden haben.

Es ist häufig zu erregten Szenen zwischen Mutter und Tochter gekommen, wobei mit den häßlichsten Schimpfwörtern nicht geknausert wurde. Den Zwist zwischen Mutter und Tochter

bezeugt auch Oberleutnant v. Bette. Der Zeuge Leutnant von Giesbar erklärt, nicht bemerkt zu haben, daß der Angeklagte im Hause Wertheim irgendwie schlechter behandelt wurde, als die anderen Gäste. Die Frau Jrl. von Pahnstein erzählt, daß die Tochter von der Mutter zu wiederholten Malen geschlagen wurde, als sie schon geschiedene Frau war. Ueber Tatsachen, die ihn aus der Bearbeitung der Strafsache gegen Dr. Landsberger, den früheren Gatten der Dolly Vincus, bekannt sind, wird Staatsanwaltschaftsrat Schwielerath vernommen, dem von seiner vorgehenden Behörde die Erlaubnis zur Aussage erteilt wurde. Der Staatsanwaltschaftsrat bestätigt, daß sich in den Briefen Dollys an ihren damaligen heimlichen Bräutigam Arthur Landsberger Stellen vorfinden, wie diese: „Es ist doch so traurig, täglich und stündlich mit einer Frau zusammen zu leben, die meine Mutter sein muß und die man nicht einmal achten kann. . . . Meine Mutter hat mir eines Tages gesagt: Mir ist es lieber, Du wirst die Wittwe eines Prinzen, als die Frau irgend eines Herrn Mayer. . . . Ich bin von meiner Mutter schon gehaßt worden, ehe ich noch lebte. . . . Ich war das Kind des Mannes, den sie haßte. . . . Von diesem Sumpt, der in der Seele dieser Frau, die meine Mutter heißt, herrscht, machst Du Dir keine Meinung. . . . Ich schäme mich, diese Frau als Mutter zu haben.“

Nichts von Belang weiß auszusagen Landrichter Dr. Nag, der eine Meineidsanzeige der Frau Wolff Wertheim gegen ihre frühere Schwiegermutter Frau Bella Vincus gehandelt hat. Er hat nur sprachlosweise das eine oder andere Ungünstige über Frau Wolff Wertheim gehört.

Am Mittwoch werden die Verhandlungen fortgesetzt.

### Zweiter Verhandlungstag.

Berlin, den 4. Oktober 1911.

Am zweiten Verhandlungstage suchte zunächst der Staatsanwalt Borzell den Erörterungen über Charakter und Glaubwürdigkeit der Frau Wolff Wertheim ein jähes Ende zu bereiten, indem er sich bereit erklärte, die dem Angeklagten zur Last gelegten Betrugsfälle aus der „Mera Wertheim“ ganz auszuschneiden. Die Verteidigung ging aber hierauf nicht ein. Man unterließ sich also weiter über die zur Zeit in Mexiko wohnende Frau Wolff Wertheim. Da kam gleich ein Artikel zur Sprache, der in der Zeitschrift „Herold“ erschienen ist und als ein verfeilter Expressionsversuch an dem Hause W. Wertheim sich erwiesen hat. Der Artikel ist von Frau Wolff Wertheim geschrieben worden, die laut der Aussage des Zeugen Justizrats Meischelohn zu diesem in aller Naivität gesagt hat: Man hat mir damals gesagt, wir bekämen 10 Millionen Mark, wenn dieser Artikel erscheint. Der Zeuge erklärt auf Befragen der Verteidigung weiter, er habe durchaus den Eindruck gehabt, daß Frau Wolff Wertheim den eigenen Mann bloßstelle, bloß um zu zeigen, wie weit ihr Einfluß gehe. Der Zeuge Rechtsanwalt Behrend ergänzt

### das Charakterbild der Frau Wolff Wertheim.

Nach seiner Aussage hat sich Frau Wolff Wertheim in ihrem Prozeß gegen ihre erste Schwiegermutter von der eigenen Mutter schriftlich bestreiten lassen, daß sie, die Mutter, eine Urkundenfälschung begangen habe und daß dann diesen Brief sofort der Staatsanwaltschaft übergeben. — Der frühere Sekretär des geschiedenen Gatten der Dolly Vincus, des Dr. Landsberger, stud. Richard Kühn, entsinnet sich verschiedener Briefe der Frau Wolff Wertheim an ihre Tochter. In einem Briefe droht die zärtliche Mutter ihrer Tochter, sie mit einem Tennisspieler so lange zu schlagen, bis sie Gehirnhautentzündung bekomme. In einem anderen Briefe bezeichnet die Dame ihren ersten Gatten, den Vater der Dolly, als reif fürs Ruchthaus. Andererseits wird aber auch ein Gutachten des Medizinalrats Dr. Gulenburs über Dolly Landsberger vorgelesen, worin er sie mit der Tochter der Perodias vergleicht. (Stürmische Deiterkeit.) Daß die Flucht der Dolly mit Herrn Landsberger unter Maximilian Gardens, des Freundes des Landsberger, Negide stattgefunden habe, wird vom Zeugen Kühn bestritten.

Ein heiteres Intermezzo bildete die Aussage des Schriftstellers Edmund Edel, des bekannten Schilderers der Gesellschaft von W. Er schildert sehr abfällig das Silvesterdiner im Hause Wolff Wertheim. Nur die vom Grafen Wolff Metternich bezeugten Mannschaften seien gut gewesen. (Gr. Heiterkeit.) Der Zeuge erklärt im übrigen mit aller Bestimmtheit, daß Graf Wolff Metternich, übrigens der einzige Adelige unter den vielen Schriftstellern und Industriellen jener Abendgesellschaft, allgemein als präsumptiver Schwiegervater galt und die Tochter des Hauses zu Tode führte.

Der Wiener Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Maier-Günter erklärte u. a.: In der ganzen Welt bekomme ein Graf Wolff Metternich

### 40,000 Mark mit Leichtigkeit gepumpt.

In Oesterreich wenigstens sei das der Fall. Der Angeklagte habe sich bemüht, seine Schulden zu begleichen. Die jetzige Gattin des Angeklagten, die frühere Schauspielerin Claire Valentien, stellt ihrem Mann das beste Zeugnis aus. Er sei sehr bescheiden in seinen Lebensgewohnheiten und bemühe sich weiterzukommen. Der Vater des Angeklagten sei zu ihr gekommen und habe auch den Angeklagten in der Untersuchungshaft aufgesucht. Der Vater habe gesagt, unter allen Umständen müsse der Sohn ins Zrennen kommen. Als sie naturgemäß nicht darauf eingegangen sei, habe der Graf alle Beziehungen abgebrochen.

Hiunnecht kommen verschiedene Schuld- und Wechselaffären zur Sprache. Verschiedene Zeugen sagen aus, daß der Graf unter dem Hinweis auf eine bevorstehende reiche Heirat erfolgreiche oder erfolglose Bummelveruche bei ihnen gemacht habe. Der Pensionärinhaberin Jrl. Uhrmann ist er im Ganzen 12—1500 Mk. schuldig. Sie erklärt sich jedoch als nicht betrogen.

Lange Zeit in Anpruch nahm die Vernehmung der Zeugin Jrl. Guhle, einer Lebendame. Ihr hat der Angeklagte ein Wechsel über 1200 Mark ausgestellt. Ueber den Grund der Ausstellung dieses Wechsels stehen sich die Behauptungen der Zeugin und des Angeklagten schmerzhaft gegenüber. Der Angeklagte will der Zeugin statt barem Gelde den Wechsel ausgestellt haben, weil sie ihn darum gebeten habe, sie habe damit ihre Juwelen auslösen wollen. Die Zeugin dagegen will dem Grafen 1000 Mk. in bar geliehen haben, wofür er ihr einen Wechsel über 1200 Mk. ausgestellt habe. In dem scharfen Verhör, das die Verteidiger mit ihr anstellen, verwickelt sich Frau Guhle in allerhand Widersprüche. Sie will den Grafen vor einer Menge Leute wegen Rückgabe des Geldes gemahnt haben, kann sich nachher aber nicht mehr besinnen, wer diese Leute waren, sondern sagt nur ganz allgemein, es seien Leute der besten Gesellschaft gewesen, Heiratvermittler und Geldagenten. (Große Heiterkeit.) Die Verteidigung kündigte Erhebungen über das Vorleben der Zeugin an, um ihre Glaubwürdigkeit noch weiter zu erschüttern, doch wurde darüber vorläufig kein Gerichtsbeschuß herbeigeführt. Die Zeugin war früher beim Varietees gewesen, machte dann andere Reisen und hatte dann anderweitig zu tun. (Stürmische Deiterkeit.) Der letzte Zeuge an diesem Tage, Amtsgerichtsrat v. d. Schulseburg, ist mit dem Angeklagten beim Tennis bekannt geworden und hat ihm 5000 Mk. zur Einlösung eines verpfändeten Autos gegeben, und zwar aus reiner Freundschaft. Der Zeuge hat es sehr begreiflich gefunden, daß der Angeklagte zu Repräsentationszwecken ein Auto gebrauche, und hat von ihm selbst, sowie von anderer Seite gehört, daß er gute Chancen bei Sodann wird die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. Oktober.

### Geschichtskalender.

6. Oktober.

1892 Der englische Dichter Alfred Tennyson ist

### Seht die Wählerlisten ein!

Diese Mahnung müssen wir uns in diesen Tagen immer wieder zurufen. Die Listen liegen nur Sonnabend, Sonntag und Montag Zwingerstraße 14 im Feuerwehr-Turnsaal aus; Eile tut also not!

Jeder, der 24 Jahr alt und Preuße ist, seit 6 Monaten in Breslau wohnt und keine Armenunterstützung bekommt, ist wahlberechtigt. Er darf aber am 8. November nur dann wählen, wenn er in der Liste steht. Bei allen Wahlen hat es sich bisher gezeigt, daß gar manche Wahlberechtigte nicht in der Liste standen, denn Fehler kommen eben überall vor. Darum aber gerade ist es unbedingt notwendig, daß jeder selbst ins Listenlokal geht und sich überzeugt, ob er als Wähler eingetragen ist. Fehlt sein Name in der Liste, so muß er sofort Einspruch erheben.

## Bebel's Erinnerungen.

Der zweite Band.

Im ersten Bande seiner Lebenserinnerungen hatte uns August Bebel erzählt, wie er aus der dunklen Tiefe namenloser Millionen den Weg und das Glück fand, einer großen Sache als Führer dienen zu dürfen. In dem eben erschienenen zweiten Bande sehen wir die proletarische Bewegung selber wachsen, bis zu dem Augenblick, da sie so mächtig geworden, daß der innere Krieg gegen sie erklärt wurde. Mit den Mitteln, die den Bismarckschen Pogromen gegen das Proletariat, dem Sozialistengesetz, den Vorwand lieferten, schließt dieser umfangreiche, mit Urkunden, auch bisher unbekanntem Briefen, reich ausgestattete Band. In einem dritten und letzten Bande will Bebel dann die zwölf Jahre Sozialistengesetz schildern, für deren Darstellung ihm seine wieder aufgefundenen Briefe an Marx und Engels wertvolle Dienste leisten werden.

In der Periode, die der zweite Band umfaßt, findet die deutsche Arbeiterbewegung ihr Wesen, wie sie es seitdem zwar mannigfach entwickelt, aber doch nicht eigentlich verändert hat. Auch die Gestalt Bebel's findet in dieser Zeit ihre feste und sichere Form, und man erkennt, wie sehr immer der Erzähler sein eigenes Wirken ins Auge faßt, wie sehr er sucht, daß die deutsche Sozialdemokratie selbst klar und scharf die Jahre August Bebel's trägt. Jene Vereinnahmung revolutionärer, weitzielender Leidenschaft, mit unermüdbarer praktischer Tagesarbeit, von ungebeugtem Opfermut, mit der besonnenen Erfassung augenblicklicher Notwendigkeit, von wissenschaftlicher Vertiefung mit höchstem, vollstündigem Menschenverstand, ist nicht nur die Art der deutschen Partei, sondern auch der Charakter August Bebel's. Der entschlossene Kämpfer gegen die bürgerliche Gesellschaft zeigt in seiner strengen Lebensauffassung und großen Lebensführung in Wahrheit jene Tugenden, auf die sich die bürgerliche Gesellschaft als ihre heiligsten Besitztümer fälschlich beruft. Niemand kann von so peinlicher Gewissenhaftigkeit, von so sorgfältiger Pflichterfüllung, von so praktisch nüchternem Ernst auch in geschäftlich finanziellen Dingen sein, wie dieser Mann, der all die Jahrzehnte hindurch immer wieder als der Perfidier eben dieser Tugenden geschmäht wurde. Die traktative Solidität der

deutschen Sozialdemokratie, die Vorbildlich für die Internationale geworden, ist ein scharf ausgeprägter Wesenszug August Bebel's.

Mit der gefährlichen Episode, da das deutsche Proletariat trügerisch für fremde Interessen benutzt werden sollte, beginnt die Darstellung des zweiten Bandes. Die Sozialdemokratie ist wesentlich erst eine in wenigen Köpfen leuchtende und wirkende Idee, die Arbeitererschaft in ihrer Masse selbst all noch als politisches Werkzeug. Die Zersplitterung des kleinen Häufleins von Sozialisten in Seiten ist das äußere Zeichen der inneren Schwäche. Gerade an ihrem Anfang hat die deutsche Arbeiterbewegung die größte Gefahr zu bestehen gehabt, die ihr jemals gebroht hat. Wie Bebel die Tätigkeit des Herrn v. Schweiker behandeln würde, das hatte man mit Spannung erwartet. Früher herrschte über den Charakter Schweiker's Einmütigkeit, aber man weiß, daß neuerdings von sozialdemokratischer Seite mit großer Hingebung und erheblicher Geschicklichkeit eine Rettung versucht worden ist. Wir glauben, daß nach der jetzigen Darstellung Bebel's die Akten geschlossen werden. Zwar vermag Bebel keine neuen Urkunden beizubringen, er kann nicht durch die Veröffentlichung von Weisenbondsquittungen oder durch Polyzetellen beweisen, daß Schweiker eine gedungene Kreatur der Bismarckschen Politik gewesen ist. Aber solche äußerlichen Dokumente sind auch nicht notwendig. Jede vollständige und lückenlose, unbefangene gewertete Sammlung der erwiesenen und offenkundigen Zeugnisse der politischen Tätigkeit Schweiker's führt zu sicherem Ergebnis. Der geschichtliche Sachverhalt, den Bebel aufbauet, scheint uns zwingend und in allem Entscheidenden unüberleglich. Die eine Tatsache, daß die Gerichte Schweiker zum Märtyrer stempelten, der preussische Straßengang aber seinen Spott mit der Strafe trieb, ist ein untrüglicher Beweis, als wenn man auf Heller und Pfennig die Summen kennen würde, die an Schweiker bezahlt worden sind.

Auch Bebel wird den großen Fähigkeiten Schweiker's gerecht, und sein scharfes Urteil über die privaten Lebensauffassungen des Nachfolgers Lassalle mag man selbst ein wenig pedantisch finden. Aber daß Schweiker bewußt die deutsche Arbeiterbewegung an Bismarck und seine Junkerpolitik ausliefern wollte, das wird man nach Bebel's Darstellung nicht mehr bestritten können.

Bismarck wollte das Proletariat gegen die aufstrebende Bourgeoisie benutzen, und Schweiker sollte der Mittler dieser Aufgabe sein. Zudem galt es, die großpreussische gegen die großdeutsche Politik mit der Hilfe der Arbeitererschaft durchzuführen. Es ist richtig, daß Schweiker nicht selten, weil sein Blick eben durch fetterer Idealismus verblendet war, die tatsächlichen politischen Machtverhältnisse und die geschichtlichen Entwicklungen scharf beurteilt hat, als die enthusiastischen Ehenacher. Der von Schweiker betätigte wichtige Grundfakt, daß man sich in der Politik mit den einmal gegebenen Tatsachen abfinden müsse, was in anderen Lager noch nicht durchweg beherzigt. Aber es ist ein anderes, ob man die Tatsachen hinnimmt, um durch Erzeugung neuer Tatsachen sie zu überwinden, oder ob man sich bloß aus dem Grunde mit ihnen abfindet, weil man keine anderen will. Es ist vielleicht denkbar, daß Schweiker für die Arbeiterbewegung Erfolge errungen hätte, wenn er ehlich Bismarck für die proletarische Sache hätte benutzen wollen. Aber da er sich von Bismarck benutzen ließ, machte sich sein Schicksal rasch vollenden, während die „unpraktischen Schwärmer“ zur unbeflegten Weltmacht emporstiegen. (Schluß folgt.)

## Aus aller Welt.

Paris bei dem Liberte-Begräbnis. Bei den Begräbnisfeierlichkeiten der Opfer der „Liberte“, die am Dienstag vor mittig in Toulon stattfanden, kam es zu panikartigen Zwischenfällen. Der impotente Leichenwagen bewegte sich vom Boulevard de Strasbourg her nach dem Theaterplatz. Als Präsident Fallieres mit seinem Wagen diesen Platz erreichte, brach plötzlich unter den Zuschauern aus einer noch nicht festgestellten Ursache eine furchtbare Erregung aus und alles drängte von der Trotoiren nach der Mitte des Platzes. Die wildesten Gerüchte schwirrten durch die Menge. Einerseits behauptete man, die Pferde eines Leichenwagens wären durchgegangen, andererseits wurde das Gerücht von der Explosion einer Bombe laut. Die Aufregung unter den Zuschauern war enorm. Sie durchdrangen den Militärorden, wobei viele Personen zur Erde gestürzt wurden. Baldig ließ sich ein lauter Knall vernehmen, verursacht durch den Einsturz einer Tribüne, welche durch die Panik, mit welcher die Menschen nach dem Ausgang zu drängten, herabgerufen wurde. Der Theaterplatz von Toulon bot nach den

**Teuerung und Hungernot!**

Heute abend spricht im Gewerkschaftshause die Genossin Sieh aus Berlin über die große Teuerung, die seit Wochen und Monaten überaus schwer die Arbeiterfamilien belastet und noch mehr als bisher zum Darben zwingt. Besonders die Frauen und Mädchen müssen deshalb in Massen erscheinen.

**Wie auf dem Lande gewählt wird!**

Seitdem sich die Sozialdemokraten auch an den Gemeindevortereiwahlen auf dem Lande beteiligen, erfährt die Öffentlichkeit erst, was sich hin und wieder die Bewaltigen in den Dörfern herausnehmen. Da werden die wunderbarlichsten Dinge ausgeheckt, um nur die Sozialdemokraten nicht hochkommen zu lassen; man schreit selbst vor Ungeschicklichkeiten nicht zurück, damit der gemüthliche Kreis der bürgerlichen Herrschaften nicht gestört wird. Das hat am Mittwoch wieder eine Verhandlung des Kreisauausschusses in Breslau bewiesen:

Am 29. März 1911 waren in Herrmannsdorf, Kr. Breslau, die Vertreterwahlen in der dritten Abtheilung. Der erste Wahlgang erzielte kein Ergebnis. Der Gemeindevorstand ließ im Anschluß an die erste Wahl eine Stichwahl vornehmen. Der Bauarbeiter Reimelt erhob gegen die erste wie auch gegen die engere Wahl bei der Gemeindevortretung Einspruch, weil die sofortige Stichwahl ungesetzlich ist und damit die ganze Wahl. Durch einen Gemeindevorstand vom 8. April wurde jedoch nur die Stichwahl für ungültig erklärt. Für den 24. Mai beräumte der Gemeindevorstand eine neue Stichwahl an. In dieser wurden die bürgerlichen Kandidaten Marschall und Jech gewählt. Gegenkandidaten waren die Arbeiter Becker und Schneider. Reimelt erhob auch gegen diese Stichwahl Protest, der jedoch von der Gemeindevortretung als nicht gerechtfertigt zurückgewiesen wurde. Reimelt klagte nunmehr Klage im Verwaltungsstreitverfahren an. Der Richter bemängelte, daß nicht eine Neuwahl, sondern nur die Stichwahl vorgenommen wurde, ferner, daß das Ergebnis der ersten Wahl nicht bekannt gemacht wurde und die Einladung zur engeren Wahl zu spät erfolgt sei.

In der mündlichen Verhandlung vor dem Kreisauausschuss brachte der klägerische Vertreter, Parteisekretär Genosse Scholich, noch andere Bemängelungen vor. Durch den Gemeindevorstand ist kein Verzeichnis der Stimmen eingekammt worden, wobei recht merkwürdige Dinge hervorgerufen. Frauen unterschrieben für die Männer und Kinder für die Mutter. Abends 7 Uhr war die Wahl angefangen, aber erst 7 1/2 Uhr nahm sie ihren Anfang; die Zwischenzeit wurde zur Veranholung bürgerlicher Wähler benutzt. Allein diese Unregelmäßigkeit machte die Wahl ungültig.

Ferner kam die Stichwahl sofort im Anschluß an die Hauptwahl. Das war ebenfalls ungesetzlich, was die Gemeindevortretung später selbst einführte, und deshalb die Stichwahl wieder aufhob. Sogar bei dieser Stichwahl wurden die Bestimmungen der Landgemeindevorordnung verletzt. Zwei Gegenkandidaten, Marschall und Schneider, schickten je 25 Stimmen. Instatt nun nach § 62, Absatz 2 der Landgemeindevorordnung das Los entscheiden zu lassen, wurde einfach der bürgerliche Kandidat Marschall als gewählt erklärt.

Nun mußte eine Neuwahl anberaumt werden. Das schien man aber in Herrmannsdorf nicht zu wissen. Es wurde einfach am 15. Mai für den 24. Mai zu einer engeren Wahl eingeladen. Ganz abgesehen davon, daß diese engere Wahl ebenfalls ungesetzlich war, war auch die Einladung selbst schon veraltet. Nach § 62, Absatz 2 der L.-G.-O. müssen die Wähler zu der engeren Wahl durch eine das Ergebnis der ersten Wahl angegebende Bekanntmachung des Wahlvorstandes sofort oder spätestens innerhalb einer Woche aufgeführt werden. In diesem Falle geschah die Aufforderung aber fast sieben Wochen später. Außerdem ertheilte die Bekanntmachung auch nicht das Ergebnis der ersten Wahl. Ferner hieß es in der Bekanntmachung, daß die Wahl pünktlich zwischen 8 und 8 1/2 Uhr ist. Später erschienen die Wähler an der Abstimmung nicht zahlreich. Das ist ebenfalls unrichtig. So lange die Wahlhandlung nicht geschlossen ist, können auch noch später Kommende ihre Stimme abgeben.

Als nun diese engere Wahl beginnen sollte, verlangten die anwesenden Arbeiter, daß nach der L.-G.-O. eine Neuwahl vorgenommen wird. Von dem Protokollführer wurde das aber eigenmächtig abgelehnt und erklärt, daß nur die engere Wahl zwischen den Kandidaten Marschall und Jech und Becker und Schneider vorgenommen sei. Diese Eigenmächtigkeit des Proto-

kolllführers, eines Nestors Gübner, der gar nicht zum Wahlvorstand gehörte, zeigte sich auch bei der Wahlhandlung selbst. Stimmen, die der Wahlvorstand für ungültig erklärte, erklärte der Protokollführer einfach für gültig und schrieb sie als gültig ein. Es waren das vom Gemeindevorstand gesammelte Verzeichnisse, die zwar ungesetzlich waren, aber für die bürgerlichen Kandidaten abgegeben wurden. Andererseits wurden fünf Verzeichnisse, die für die Arbeiter abgegeben wurden und völlig in Ordnung waren, vom Wahlvorstand für ungültig erklärt. Auch noch mehrere andere Unregelmäßigkeiten kamen bei der Wahl vor. Der Wahlvorstand, Gemeindevorsteher Jansch sagte dazu gar nichts, aber die beiden Weisiger verweigerten am Schluß der Wahl ihre Unterschrift unter das falsche Protokoll.

Der Gemeindevorstand versuchte in der Klageverhandlung, die Sache anders darzustellen. Dann erklärte er, daß die Einladung zur Wahl nicht habe eher erfolgen können, da den in der ersten Stichwahl Gewählten, deren Wahl für ungültig erklärt wurde, eine Einspruchsfrist von 2 Wochen auszufließen habe. Scholich führte aus, daß diese Auffassung rechtsirrtümlich sei. Da es sich hier offensichtlich um Unregelmäßigkeiten handelte, erklärte der Kreisauausschuss die Wahl für ungültig, indem er sich den Ausführungen des Vertreters insoweit anschloß, daß mit der Ungültigkeitserklärung der engeren die ganze Wahl ungültig war und eine Neuwahl notwendig war.

Es sind bei keiner Wahl selten soviel Verstöße vorgekommen, wie in Herrmannsdorf. Wir können unsern Genossen nur empfehlen, sich diese Entscheidung des Kreisauausschusses gut aufzuheben, damit sie nächstens gegen gewisse Wahlmacher mit verwendet werden kann.

**Die Krise im „Deutschen Wohlfahrtsbunde“.**

Man schreibt uns: Im Jahre 1908 wurde in Polen der „Deutsche Wohlfahrtsbund“ gegründet, der im Jahre 1910 seinen Namen änderte und sich von da an „Deutscher Wohlfahrtsbund“ nannte. Der Gründer des Bundes war ein Sekretär der Ansiedlungs-Kommission für Polen und Westpreußen, den jetzt die Staatsregierung aufgefodert hat, entweder seine amtliche Stellung oder den Vorsitz im Wohlfahrtsbunde niederzulegen. Der neue Bund hatte anfangs sehr wenig Mitglieder. Es schlossen sich ihm zunächst meistens nur kleine Gewerbetreibende und Arbeiter an. Er entwickelte sich aber nach einigen Monaten sehr schnell, jedoch erst nach mehreren Jahren Mitglieder zählte, und jetzt nach zweieinhalbjährigem Bestehen eine Zahl von 18.000 bis 19.000 Mitgliedern aufweist, darunter über 3000 in Schlefien und zwar besonders in Breslau.

Der Bund dankte dieses schnelle Wachstum den großen Versprechungen, die er seinen Mitgliedern machte. Er versprach sowohl eine Begräbnis- wie eine Sterbekasse. Der Bund zahlte den Hinterbliebenen seiner Mitglieder beim Tode des Versicherten sofort 100 Mark Begräbnisgeld und innerhalb 6 Wochen 1000 Mark Sterbegeld aus. Die Beiträge waren sehr gering. Es wurde eine Aufnahmegebühr von 1.50 Mark, ein Vierteljahrsbeitrag von 1 Mark, und eine Umlagegebühr von zunächst 25 und 20 Pfg. später von 50 Pfg. erhoben. Trat also jemand unter 50 Jahren ein, dann darüber nahm der Bund keine Mitglieder zur Inanspruchnahme der Sterbekasse an, etwa am 31. Dezember 1909 und so d. er am 2. Januar 1911, so wurde seinen Hinterbliebenen, oder denen, zu deren Gunsten er versichert war, 100 Mark Begräbnisgeld und innerhalb sechs Wochen 1000 Mark Sterbegeld ausbezahlt. Eine ärztliche Untersuchung wurde niemals und wird noch heute nicht gefordert. Im ganzen bezahlte also noch bis in das Jahr 1910 hinein das Mitglied an Eintrittsgeld und Jahresbeitrag 5.50 Mark, an Umlagegebühren höchstens 6 Mark, insgesamt 11.50 Mark jährlich. Es mußten aber dafür aus der Bundeskasse bei einem Todesfall schon nach einjähriger Wartezeit 1100 Mark gewährt werden. Das lockte Tausende von Personen der unermittelten und münbermittelten Klassen hronen dem Bunde zu.

Der Bund stellte ferner seinen Mitgliedern den Bau eines Genesungshomes, in dem die Mitglieder für billiges Geld verpflegt werden sollten, in nahe Aussicht. Er gab Darlehen von 20, 30, 50 Mark und mehr, die in Raten zurückgezahlt werden sollten, an Kranke, erwerbslose oder unverschuldet in Not geratene Personen. Einem evangelischen Geistlichen wurde sogar, wie sich in einer neulich vor der polnischen Strafkammer geführten Verhandlung herausstellte, auf sein „ehriges Gesicht“ hin, ein Darlehen von 500 Mark ohne Unterlagen gegeben. Auch von dieser Vergünstigung machten zahlreiche Mitglieder Gebrauch. Außerdem wurden Bergnützigungsbeiträge mit den Provinzial-Neuerwerbstiteln in Polen und Schlefien abgeschlossen, wonach die Mitglieder des Deutschen Wohlfahrtsbundes bei Versicherungsangelegenheiten eine Preisermäßigung von durchschnittlich 20 vom Hundert erhielten. So strömten bei diesen verlockenden Aussichten dem Bunde bald Tausende neuer Mitglieder nicht nur aus den Provinzen Polen und Schlefien zu, sondern auch aus Ost- und Westpreußen und dann allerdings in geringerem Umfang auch aus Pommern und Brandenburg, die alle aus diesen niedrigen Versicherungsprämien Nutzen ziehen wollten. Denn, wenn auch der Versicherte erst nach 10 oder 20 Jahren starb, so hatte er doch nur 110 oder 220 Mt. eingezahlt, und seine Erben erhielten dann 1100 Mark. Keine einzige Versicherungsgesellschaft im ganzen Deutschen Reich oder im Auslande war imstande solche Bedingungen zu bewilligen. Sehr bald stellte sich aber heraus, daß die Umlagebeiträge viel zu niedrig bemessen waren, und höhere Jahresumlagen verlangt werden mußten. Die Satzungen wurden geändert, sie wurden sogar ein zweites und drittes Mal geändert, die Umlagegebühren wurden heraufgesetzt, und gegenwärtig erhebt der Bund eine monatliche Umlagegebühr von 70 Pfg., die vom November an auf 90 Pfg., vom Dezember an auf 1 Mark erhöht werden wird, und vom nächsten Vierteljahre an 1.10 Mark, später noch mehr betragen soll. Auch sonst haben sich in der Verwaltung verschiedene Mißstände gezeigt, die eine obermalige Änderung der Satzungen notwendig machten.

Im Paragraph 1 seiner Satzungen heißt es, daß der Bund „ohne Unterchied der Religion und ohne Verfolgung politischer Ziele“ seine Aufgaben zu erfüllen sucht. Es hat sich aber doch ergeben, daß sehr bald Politiker der verschiedenen Richtungen innerhalb der bürgerlichen Parteien Kapital aus dem Bunde zu schlagen versuchten. So wurde auf Anregung national-liberaler Mitglieder eine Verbindung zwischen dem Deutschen Wohlfahrtsbunde und dem Volks-Sparbankverein für Deutschland anknüpft, die dem Wohlfahrtsbunde ein jährliches Entschädigungsgeld kosteten, da seine finanziellen Mitglieder des Volks-Sparbankvereins angezogen wurden. Irgend einen Vorteil hat dabei aber der Wohlfahrtsbunde nicht gehabt und wird es nie haben können. Zweitens haben sich pietistische Bestrebungen im Wohlfahrtsbunde bemerkbar gemacht, die besonders in der vom Bunde herausgegebenen Monatschrift zu Tage traten. Es werden zur größten Verwunderung der Mitglieder seit mehreren Vierteljahre in der Bundeszeitung regelmäßig religiöse Artikel im Sinne der evangelischen Erbauungs-Literatur veröffentlicht, abgesehen noch 2 in der Satzung die Bundeszeitung für über alle den Bund angehenden wissenschaftlichen Angelegenheiten berichten und belehren, vor allem kirchliche und hygienische Artikel bringen soll.

Die Mitglieder haben nun bereits erwartet, daß in der Bundeszeitung auch kirchliche Besprechungsbeiträge zu Worte kommen, um sie über solche Bedenken, die ihnen bei den Satzungen immer und immer wieder entgegen kommen, aufzuklären. Das ist aber leider nicht geschehen. Schließlich waren es auch konfessionslose Politiker, die den Bund für ihre Parteizwecke auszunutzen glaubten. So lange das erste Jahr der Warte-

zeit noch nicht vorüber war und Begräbnis- und Sterbegeld nicht ausbezahlt werden brauchten, war der Zustrom der Mitglieder stark. Jetzt läßt sich aber noch gänzlich absehen, wie weit die Erhöhung der monatlichen Umlagegebühren steigen wird. Seit einem halben Jahre ist daher die Mitgliederzahl ungefähr die gleiche geblieben und ein weiteres Wachstum scheint völlig ausgeschlossen. Zudem haben die Behörden den Wohlfahrtsbunde eine ganze Reihe Beschränkungen auferlegt. So seien im Jahre 1910 herausgegebenen Satzungen nahm der Bund „alle im Deutschen Reich wohnhaften Personen auf, welche das 21. Jahr vollendet haben.“

Vor einiger Zeit hat aber die Behörde dem Wohlfahrtsbunde verboten, Mitglieder außerhalb Preußens aufzunehmen, oder die Statuten zu ändern. Da die Bundesleitung einsteht, daß es bei dem bisherigen System nicht weiter geht und gehen kann, so wird die einjährige Wartezeit abgekürzt, und an deren Stelle eine neue Wartezeit von 3, 5 und 7 Jahren eingeführt werden. Nach einer dreijährigen Karenzzeit werden im Todesfälle 400, nach einer 5-jährigen 750 Mark und nach einer siebenjährigen Karenzzeit 1000 Mark ausbezahlt. Nach Einführung dieser Leistungen wird sich aber niemand mehr finden, der dem Wohlfahrtsbunde beitrete. Nun sollen zwar die alten Mitglieder noch zu den bisherigen Bestimmungen bei Todesfall ihre Gelder erhalten; doch ist dann ein fortwährendes Herausströmen der monatlichen Beiträge umlagen erforderlich, wozu sich die Mitglieder nicht verstehen wollen und können. Einmal hat vor einem oder zwei Jahren niemand, der beiträt, daran gedacht, daß die monatliche Sterbeumlage 60 bis 70 Pfg. im Durchschnitt übersteigen würden und zweitens können die meisten Mitglieder diese erhöhten Beiträge garnicht zahlen, da doch ein sehr großer Teil der Arbeiterklasse angehört. Die beim Bunde eingetretene Sterblichkeits-Differ für 1000 Mitglieder und im Jahre ist wesentlich höher, als ursprünglich veranschlagt war. Die Leitung des Bundes hat nämlich vollständig vergessen, daß die Sterblichkeit unter den arbeitenden Klassen eine viel höhere ist, als in einer Versicherungsgesellschaft, die in der Hauptsache ihre Versicherten unter den wohlhabenden Klassen zählt.

Der Deutsche Wohlfahrtsbund hat einen Passus in seinem § 1 der Satzung:

„Ein Rechtsanspruch der Bundesmitglieder oder deren Erben auf Unterstühtungen irgend welcher Art, insbesondere auf die ihnen auf Grund dieser Satzungen zu gewährenden Gegenleistungen des Bundes ist ausgeschlossen.“ Der Deutsche Wohlfahrtsbund unterliegt daher nicht den Vorschriften des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen vom 12. Mai 1901. Die Ansprüche der Mitglieder regeln sich vielmehr nach dem bürgerlichen Gesetzbuch.

Da aber auch der Wohlfahrtsbund keinen Verbesserungsbefehl, so hat sich das bisherige System als falsch und gänzlich ungenügend erwiesen. Nach den bisherigen Satzungen kann und darf der Wohlfahrtsbund nicht weiter arbeiten, da sonst sein Bestehen aufs schwerste gefährdet ist. Nimmt man die neuen Satzungen an, so werden ihm die Massen mit derselben Schnelligkeit den Rücken kehren, wie sie ihm vordem zugeströmt sind. In der nächsten Zeit werden in Breslau und Posen Mitglieder-versammlungen der beiden größten Ortsgruppen abgehalten, an die sich eine außerordentliche Generalversammlung anschließen muß. Hierbei wird es zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen kommen. Der Gründer und Vorsitzende hat sich, da ihn seine vorgelegte Behörde vor die Wahl gestellt hat, entweder seinen Beamtenposten oder den Vorsitz im Bunde niederzulegen, Mühsal für das letztere entschieden, und am 30. September seinen Vorsitz in die Hände des Vorstandes zurückgegeben.

„Vom Krach im Zentrum.“ Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ hat der Zentrumsabgeordnete Graf Dypersdorff gegen die gleichfalls zentrumsnahe „Kölnische Volkszeitung“ wegen Abdrucks eines Artikels aus der „Augsburger Postzeitung“ die Verleumdungsklage angehängt. Graf Dypersdorff hatte zunächst die Klage bei dem ersten Staatsanwalt in Köln eingereicht, der sie aber abgelehnt hat unter Verweisung auf den Weg der Privatklage. Der Prozeß kann unter Umständen interessante Einblicke in das Treiben hinter den Kulissen der „einigen“ Zentrumsparlei gewähren.

„Polizeiwachmeister Max Evers als Zeuge.“ Der Südbuchhändler Karl Baum aus Breslau fährt mit seinem Gespann in der Stadt herum. Wenn er zur Sommerzeit an dem Schulgebäude in der Matthiassstraße vorbeikommt, und die Kinder sich während der Freistundenpause auf dem Schulhofe tummeln, verärgerte es Baum bisher nie, dort anzuhalten, um den Kindern seines Schwagers ein paar Kirichen zu schenken. Sein Wunsch hat je daran Anstoß genommen. Nur der Wachmeister Evers, dessen dienstlichen Eifer wir schon so oft belächelt haben, fand auch hier eine „Belohnung“ gegen die er eintritt. „Scheren Sie sich sofort hier weg!“ rief Evers dem Buchhändler zu, als er am 29. Juni dieses Jahres vormittags wieder vor dem Schulgebäude anhielt. Ohne zu zögern, nahm Baum sein Pferd am Zügel, um das Fuhrwerk schrägüber an der Bordsteinfante der anderen Straße anzuhalten. Damit schien die Sache erledigt, aber sie war nicht abgetan für Herrn Evers, der sich später davon überzeugt haben will, daß das Fuhrwerk „ohne Aussicht auf der Straße gestanden hat, wodurch der freie Verkehr beeinträchtigt wurde“, und daß das Gespann „nicht kurz angebunden und nicht nach innen abgesträngt war.“ Sofort setzte sich Herr Evers hin, um eine Anzeige gegen den Buchhändler zu schreiben, der auch bald darauf einen Strafbefehl über 3 Mark wegen Vergehen gegen die Straßenpolizeiverordnung vom 23. März 1891 ins Haus geschickt bekam. Da sich Baum nicht bewußt war, gegen diese Verordnung gefehlt zu haben, erhob er Einspruch, mit dem sich das Schöffengericht in Breslau zu befassen hatte. Wachmeister Evers beschwor die Wichtigkeit dessen, was er in die Anzeige geschrieben hatte. Der Angeklagte bestritt zunächst, daß sein Fuhrwerk ohne Aussicht dagestanden habe, denn seine Frau habe in unmittelbarer Nähe des Fuhrwerks verweilt. Sein Antrag, die Frau zu einem neuen Termin zu laden und eiblich über diesen Punkt zu hören, wurde abgelehnt, weil dem Gericht der Fall durch das Zeugnis des Wachmeisters Evers „genügen aufgeföhrt“ erschien. Daß das Fuhrwerk den freien Verkehr hemmte, wie der Wachmeister behauptet hatte, stellte Baum ganz entschieden in Abrede. „Auch heute wieder“, so meldete Herr Evers in strammer Haltung dem Vorsitzenden, „steht der Wagen des Angeklagten ohne Aussicht vor dem Gerichtsgebäude; ich habe mich davon überzeugt.“ Herr Baum entschuldigte sich damit, daß er wegen eines wichtigen Geschäftsvorganges, den er nach dem Termin machen müsse, den Wagen mitgebracht habe. Der Strafbefehl wurde vom Gericht bestätigt, nachdem der Staatsanwalt sogar die doppelte Strafe beantragt hatte. Die Aussage des Herrn Polizeiwachmeisters Evers war entscheidend.

„Die Oberstadt ist noch immer nicht im Gange.“ Die letzten Regengüsse haben zwar den Wasserstand etwas erhöht, aber der größere Teil der Schiffe konnte die Gattstellen bisher nicht verlassen. Die Käyne, die auf der Ober schwimmen, sind abgeleitet und dadurch flott gemacht worden. Die Schiffer hoffen, daß die Nebenflüsse noch so viel Wasser bringen, daß sie ihre Arbeit wieder voll aufnehmen können.

„Abgang! Arbeiter und Genossen von Carlant, Friedewalde, Schottwitz, Cavallen usw.“ Sonntag, den 1. Oktober, verhandelten wir mit dem Gastwirt Elsch in Friedewalde wegen Abhaltung einer öffentlichen Versammlung. Herr Elsch weigert sich nach wie vor, sein Lokal den Arbeitern herzugeben, weil er sich vor dem Herrn Amtsvorsteher fürchtet. Der Botschaft ist also bis auf weiteres bestehen und die Genossen werden ersucht, darauf zu achten, daß der Gastwirt von den Arbeitern nicht befehligt wird.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Breslau (Land)-Neumarkt.

„Widerrufen eines unbeschreiblichen Artikels.“ Eine weihundert Hütze, meistens von Damen, lagen zerstreut auf dem Boden. Zehn Leute lagen beinahe glos auf dem Pflaster und mußten ins Hospital gebracht werden. Der Sekretär der Bürgermeisterei von Bierreien hatte den rechten Arm und mehrere Rippen gebrochen. Zahlreiche andere Verletzungen wurden in den Apotheken verbunden. Die Polizei hat eine strenge Untersuchung eingeleitet, um die Schuldigen zu ermitteln. Bei der Ranz sind 230 Personen verletzt worden, darunter 30 ziemlich schwer.

„Aus der Besten der Besten.“ Wie es im Lande mit der geschickten Griffen der Arbeiter bis ins hohe Alter hinein bestellt ist, dafür liefert ein Dienstzeugnis, das der 26-jährigen Dienstmagd Anna Giebicz aus Halle a. S. von dem Oberamtmann Baldaus auf der Domäne Dohnsdorf nach 13-tägiger Dienstzeit ausgestellt worden ist, ein drastisches Beispiel. Das Zeugnis lautet:

Konnte den Dienst nicht weiter versehen, weil sie ihr Kind nicht geeignet anderwärts unterbringen konnte. War im Dienste brauchbar.

### Frauenleben und deren Verhütung.

Ueber dieses Thema wird Frau Irma Martenbergr aus Wlona, der eine Anzahl wertvoller ärztlicher Vorträge zur Seite stehen, in dieser und nächster Woche Vorträge in Breslau und den Provinzialstädten abhalten. Die Vorträge werden folgenden Inhalt haben:

Ursachen, Verhütung und Heilung von Frauenkrankheiten — Der Einfluss der Frauenkrankheiten auf die Entwicklung und Lebensfähigkeit der Frucht — Die Gefahren der Schwangerschaft und deren Verhütung — Säuglingspflege und Ernährung.

Folgende Abende sind bisher angelegt:

- Wrieg.** Sonntag, den 8. Oktober, abends, in der Harmonie.
- Wapelwitz.** Montag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, bei Mikulla.
- Breslau.** Mittwoch, den 11. Oktober, abends 8 Uhr im Kronprinz.
- Serbain.** Donnerstag, den 12. Oktober, bei Wöser (Wilhelmsstraße).
- Graf-Wohlfahrt.** Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, bei Schreier.
- Remmardt.** Sonntag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, im gelben Löwen.
- Sartlich.** Montag, den 16. Oktober, bei Niedel.

Die Vorträge werden mit Lichtbildern erläutert und verdienen wegen ihres belehrenden und aufklärenden Inhalts alle Aufmerksamkeit.

**Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins** machen wir darauf aufmerksam, daß Montag der Oktober-Bahlabend in Wlona wird. Die Wähler mit ihrer Fülle von Arbeit stehen vor der Tür. Es muß deshalb jeder helfen, damit wir die Kämpfe siegreich bestreiten. Welche keiner zurück, denn alle Kräfte werden gebraucht.

**Disputer-Klub.** Die Sitzung am Freitag fällt wegen verschiedener anderer Sitzungen und Versammlungen aus. Die nächste Sitzung ist Freitag, den 13. Oktober.

**Finke u. Hofmann.** Eine Vereinigung der vorm. Einseisen Wagenbauanstalt und der Hofmannschen Waggonfabrik in Breslau wurde dieser Tage an der Berliner Börse besprochen. Nach der „Breslauer Zeitung“ handelt es sich nicht um eine Verschmelzung der beiden großen Betriebe, sondern um eine Interessengemeinschaft, die schon seit geraumer Zeit geplant sei und deren Zustandekommen jetzt näher gerückt sein dürfte.

**Gesperre Strafe.** Wegen Einbaues von Straßenbahnweichen und Kreuzungsschienen wird die Kreuzung Tiergartenstraße-Kaiserstraße bis zum 28. Oktober gesperrt. Während dieser Zeit wird der Fußverkehr über die kleine Fürstenstraße und die Innenstraße geleitet.

**Freidenker-Klub.** In der Vereinsitzung am 3. Oktober sprach ein Vereinsmitglied, Herr Landesversicherungssekretär Hans Lehner aus Breslau, nach einer kurzen geschichtlichen Einleitung über Inhalt und Bedeutung des preussischen Feuerbestattungsgesetzes. In der Diskussion beteiligte sich vor allem der Vorsitzende des hiesigen Feuerbestattungsverein, Herr Justizrat Oswald Marone aus Breslau, der namentlich die Verbesserungsvorschläge des Gesetzes erläuterte. — Die nächste Vereinsitzung ist auf Dienstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Hotel „Oderchloß“, Neue Sandstraße 18, anberaumt. — Die Vereinsitzungen werden regelmäßig am ersten und dritten Dienstagabend jedes Monats im Hotel „Oderchloß“ abgehalten. Die Vereinsmitglieder werden gebeten, möglichst regelmäßig und vollständig zu erscheinen. Gäste sind stets willkommen.

**Arbeiter-Exerantisten-Gruppe.** Auf Einladung der Arbeiter-Exerantisten-Gruppe hatte sich eine ganze Zahl von Männern und Frauen am Mittwoch Abend bei Heuschel versammelt, um dem ersten Vortrag beizuwohnen, der in Breslau in der internationalen Hilfssprache Esperanto gehalten wurde. Auch die Arbeiterjugend war zahlreich vertreten. Allerdings schien es zu Anfang, als ob der Erfolg sich in kein Geantteil verkehren wollte. Als nämlich der Apparat, der zur Vorführung der Lichtbilder gebraucht wurde, mit der Leitung verbunden werden sollte, stellte sich heraus, daß der Strom zu stark war, so daß erst die nötigen Widerstände vom südlichen Werte herangeholt werden mußten. Dadurch verzögerte sich der Beginn des Lichtbilder-Vortrages um längere Zeit, die aber dadurch ausgeglichen wurde, daß Herr Wahn, der Leiter aller bisherigen Vorträge der Arbeiter-Gruppe, der Versammlung die Bedeutung des Esperanto für die Arbeiterwelt veranschaulichte, wofür ihm lebhafter Beifall dankte. Als dann Hr. Parrisch an zahlreichen wohlgezeichneten Lichtbildern die Schönheiten des Goldlandes Katalonien der Versammlung vor Augen führte, lauteten alle Gesichter den Esperanto-Worten, deren Sinn den meisten freilich erst durch die Uebersetzung klar wurde. Während der Versammlung meldeten sich 34 Arbeiter und Arbeiterinnen zur Teilnahme an dem neuen Lehrkursus, der Sonntag, den 15. Oktober, früh 9 Uhr, im Gewerkschaftshause beginnt.

**Berein junger Tropisten, Breslau** (gegründet 1875). Am 20. und 21. September war in der Fachschule die Gehilfenprüfung. Den Vorsitz im Prüfungsausschuß hatte Herr Otto Sporleder, Vorsitzender des Bezirks Breslau des Deutschen Tropistenverbandes. An den Prüfungen beteiligten sich 7 Gehilfen; es bestanden 5 mit gut, 2 mit genügend. Anfang Oktober beginnt ein neuer Kursus. Den Unterricht erteilt Herr Apotheker Friedrich. Weitere Auskunft gibt die Firma Oskar Reymann auf dem Remmardt.

**Die Olympia-Billard.** Die vor ungefähr einem Jahre in mehreren hiesigen Lokalen aufgestellt wurden und hauptsächlich junge Leute zum verderblichen Spiel zusammenführten, sind jetzt auch vom Breslauer Oberlandesgericht als verbotene Glücksspiele erklärt worden. Zur geübten Spieler, so meinte das Gericht, mag das Olympia-Billard ein erlaubtes Glücksspiel sein, nicht aber für ungebildete. Das genüge aber nach einer Reichsgerichts-Unterscheidung, um ein Spiel als Glücksspiel zu verbieten.

**Soldat bei Schwafer.** Mit einer etwas rätselhaften Sache beschäftigte sich das hiesige Schöffengericht am Mittwoch. Zur Zeit des Hochwassers im Mai 1911 trieben in den überschwemmten Wäldungen viel Holz- und Wilddiebe ihr Unwesen. Die anliegenden Forstverwaltungen schenken ihnen deshalb ihre volle Aufmerksamkeit. Am 26. Mai hatte ein Begleitmeister den Auftrag erhalten, in der Gegend von Kotimitz an der Oder, wo auch alles überflutet war, nach Forst- und Wilddieben zu fahnden. Auf einen Abstand von etwa 40 Meter gewahrte er alsbald im überschwemmten Farnwäldchen einen Mann, in dem zwei Männer saßen, die, als sie den Kahn des Forstbeamten erblickten, schleunigst etwas über Bord warfen. Es war dem Begleitmeister zunächst nicht möglich, die ins Wasser geworfenen Gegenstände deutlich zu erkennen. Erst als er mit seinem Boot näher herangerudert kam, gewahrte er, daß mehrere Leich abgehängene Hüftmündel auf dem Strome schwammen. Die beiden Kahninsassen, der Schiffseigner Keller und der Bootsmann Braune, bestritten, überhaupt etwas aus dem Kahn geworfen zu haben. Sie wollten nur eine Vergnügungsfahrt durch den überschwemmten Forst unternommen haben. Da sie aber eine Sage mitführten, hatte der Beamte an der Schuld der beiden Schiffskleute keinen Zweifel und zeigte sie an. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht machte der Verteidiger der beiden Angeklagten geltend, daß jetzt gar nicht mehr festzustellen sei, wer von den beiden den Diebstahl begangen habe, selbst wenn feststände, daß die Holz aus dem Kahn geworfen wurden. Diese Behauptung sei aber notwendig aus einer Verurteilung. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen nicht an. Es wurde vielmehr angenommen, daß sowohl der Schiffseigner wie der

Bootsmann bei dem Diebstahl mitgewirkt hat und deshalb gegen jeden auf eine Gefängnisstrafe von einem Tage erkannt.

**Wahrung, Armenpfleger!** In der Sitzung am Freitag im Gewerkschaftshause wird Genosse Schölli über die Aufgaben der Armenpfleger sprechen. Da diese Versammlung für die gegenseitige Auffklärung sehr nützlich sind, erwartet der Vorstand, daß alle Armenpfleger aus dem Stande der Arbeiter pünktlich erscheinen.

**Für die Maurer, Bauarbeiter von Peisterwitz und Steindorf,** die in Breslau arbeiten, wird Freitag abends 7 1/2 Uhr, im „Wär auf der Engel“, Ansperschnittelestraße 30, eine Versammlung abgehalten. Es handelt sich um wichtige Dinge; der Gauleiter Kollege Kasper ist anwesend.

**Wahrung, Kassenleger!** Sonntagvormittag 9 1/2 Uhr im Zimmer Nr. 3 des Gewerkschaftshauses Versammlung mit wichtiger Tagesordnung. Die Mitgliederbücher von 1910 und die Ansperschnittelestraße sind zur Kontrolle mitzubringen.

Der Vorstand.

**Nicht-raucher-Abend im Viktoria-Theater.** Die sich während der Sommerferien bewährten Nicht-raucher-Abende werden auch bei dem diesmonatlichen Gastspiel des Lustspielstückes „Um ein Weib“, wieder eingeführt. Die erste Nicht-raucher-Vorstellung findet morgen Freitag statt. Billets täglich auf eine Woche im voraus, ohne Vorbestellgebühr von 9-2 Uhr im Theaterbureau.

**Ein Wort** ist in der vergangenen Nacht in Breslau verübt worden. Heute früh fand man im Südpark die Leiche eines etwa 20-jährigen Mädchens, das von unbekanntem Täter erdrosselt wurde. Der Name des Mädchens und andere Einzelheiten über die furchtbare Tat sind bis jetzt nicht bekannt. Die Gerichtskommission ist an Ort und Stelle, um die Sache zu untersuchen.

**Durch Sturz von einer Leiter** erlitt Dienstag mittag der Tischlermeister August Thoma, Wärenstr. 17, einen schweren Oberschenkelbruch. Samariter der Feuerwehre leisteten ihm die erste Hilfe, worauf er ins Marheiligenspital geschafft wurde.

**Den Kellerräumen** des Grundstückes Gröschenerstr. 24 entstieg Mittwoch abend gegen 7 Uhr jorigeseht dichter Qualm, weshalb die Feuerwehre herbeigerufen wurde. Sie stellte fest, daß die Zentralheizung in den Kellerräumen den Qualm verursachte. Die Feuerwehre untersuchte den Kessel und den Schornstein und konnte nach etwa 20 Minuten wieder abrücken. Die Heizungsanlage wird gründlich ausgebessert werden müssen, ehe sie weiter benutzt werden kann.

**Gefunden** wurden ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Damengürtel, ein brauner Spazierstock, ein Damen-Hilfshut, ein Schiffskeel, ein Kinderschuh, ein goldenes Ringeleg und ein Fahrrad.

## Neueste Nachrichten.

### Tripolis hat sich ergeben?

Rom, 5. Oktober. Bis jetzt sind nur wenige Einzelheiten vom Verlaufe der Beschießung der Feste von Tripolis bekannt geworden. Die italienischen Geschütze feuern in sehr langen Zwischenräumen und der erste Teil des Bombardements dauerte nur kurze Zeit. Die Türken erwiderten das Feuer mit veralteten, beinahe unbrauchbaren Kanonen und fügten den Italienern keinerlei Schaden zu. Die Beschießung wurde durch die Division des Admirals Thaon de Revel ausgeführt. Die italienischen Kreuzer machten von den gesunklenen Geschützen keinen Gebrauch, da das nicht der Mühe für wert erschien. Das Bombardement wurde oft unterbrochen, um den Türken Zeit zu geben, die weiße Fahne zu hissen. Aber die weiße Fahne wurde nicht gehißt. Die Italiener feuerten nun eine Menge von Explosivgeschossen und Schrapnells, sowie Schrapnellgranaten ab, die sehr schreckliche Wirkungen gehabt haben müssen. Man weiß darüber aber noch nichts Genaueres. Die Stadt und die Moscheen wurden nach Möglichkeit von den feuernden Kriegsschiffen gespart.

Rom, 6. Oktober. Die Beschießung von Tripolis ist gestern wieder aufgenommen worden. Zwei Forts und das Palais des Gouverneurs wurden bald nach Eröffnung der Beschießung von neuem zerstört. Die Türken erwiderten das Feuer auch heute wieder sehr schwach.

Paris, 5. Oktober. Die durch das Bombardement im Innern der Stadt Tripolis angerichteten Zerstörungen sind sehr geringfügig. Von Granatplittern wurden einige Baulichkeiten neben dem Friedhofe beschädigt. Der Militärgouverneur landete mittels Parlamentärsboten eine Botenschaft an den italienischen Kommandanten Vizeadmiral Thaon de Revel über die Bedingungen der Uebergabe der Stadt. Man versichert von italienischer Seite, daß der Militärgouverneur in Tripolis an den Italienern gerichtet habe, die Landung der italienischen Truppen so rasch wie möglich ins Werk zu setzen, damit in der Stadt die Ruhe vollständig wiederhergestellt werde und damit weitere Unruhen verhindert würden; er, der Gouverneur, versage nicht mehr über die genügende Anzahl von Truppen, um die öffentliche Sicherheit zu verdrängen zu können, da fast alle türkischen Bataillone sich nach dem Süden zurückgezogen hätten. Daraufhin ließ der Vizeadmiral Thaon de Revel alle Forts von Tripolis durch Marine-Infanterie besetzen.

Paris, 5. Oktober. Gestern abend hier eingetroffene Depeschen berichten, daß die Stadt Bengasi von den Italienern bombardiert wird.

Rom, 5. Oktober. Heute früh melden nun auch hiesige Blätter, daß sich Tripolis ergeben habe und von seinen Innern die weiße, resp. die italienische Flagge weht. Ein Teil der Garnison hat die Waffen gestreckt, während der andere sich in das Innere des Landes zurückgezogen hat. Mehrere lewaffnete Bunkers der Bucht von Tripolis wurden durch die Italiener besetzt.

Paris, 4. Oktober. Nach Depeschen aus Malta wird berichtet, daß die Italiener vor Tripolis seit Montag über alle militärischen Vorgänge innerhalb der Stadt durch Organe des hiesigen geborenen Stadtoberhauptes, des arabischen Prinzen Karamanli, regelmäßig unterrichtet wurden. So wurde berichtet, daß in der nächsten Umgebung des türkischen Militärgouverneurs ein bestehender Bunkerspalz darüber bestand, ob die städtische Garnison in vollem Umfange zur Verteidigung aufgegeben werden sollte, oder ob man die Italiener ohne Schwertstreich einzeln lassen, um den Widerstand im Süden mit mehr Aussicht auf Erfolg durchzuführen. Die Italiener erwiderten, daß die letzte Anschauung durchdrang, und trafen dann ihre Anstalten.

London, 5. Oktober. (Schiff. Blg.) Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ veröffentlicht einen Bericht aus Derna über die Beschießung von Tripolis, deren Augenzeuge er war. Seiner Schilderung nach wurde der erste Schuß am Dienstag nachmittag gegen 2 1/2 Uhr abgegeben. In Derna bestieg der Korrespondent einen kleinen Küstendampfer nach Tafia, das in der Umgebung von Tripolis liegt. An Bord des Dampfers befand sich auch der französische Generalkonsul, der schon verschiedentlich versucht hatte, in oder bei Tripolis an Land zu gehen. Der Dampfer wurde ungefähr zehn Meilen von Tripolis entfernt von einem italienischen Kreuzer angehalten. Man konnte dort schon deutlich die weißen Gebäude der Stadt sehen. Ein Boot kam von dem Kreuzer heran und besaß den Kapitän, Anadalen. Von einigen Matrosen des Kreuz-

zers erfuhr nun der Journalist, daß das Bombardement von dem italienischen Admiral um 2 1/2 Stunden vor 3 1/2 Uhr begonnen sei, weil die türkische Garnison nach Ablauf der zuerst gewährten drei Tage um eine weitere Gnadenfrist von 24 Stunden gebeten hatte. Drei der italienischen Linienschiffe fuhren vor dem Hafen auf. Sie sahen aber keine Boote im Hafen liegen, und Tripolis machte den Eindruck einer toten Stadt. Der erste Schuß wurde gegen das Fort Chahhau abgegeben, und nachher wurde auch das Fort Vereteh-Jort unter Feuer genommen. Durch Kerngläser konnte man beobachten, wie die Schrapnells über der Stadt plagten. Um 4 Uhr belagte der italienische Admiral, das Feuer einzustellen, damit der Garnison Gelegenheit zur Uebergabe gegeben werde; es machte sich aber kein Anzeichen für eine Kapesungsmöglichkeit in der Stadt bemerkbar, worauf das Feuer wieder aufgenommen wurde. Durch die Schiffe der italienischen Flotte angerichtete Schäden dürften sehr groß sein. Die Hafenbefestigungen wurden vollständig dem Erdboden gleichgemacht, auch die Forts litten sehr. Der Leuchtturm, der sich an der Nordwestseite der Stadt befand, wurde von dem Kreuzer „Caribaldi“ zerstört. Wie groß die Verluste an Menschenleben in der Stadt sein mögen, läßt sich noch nicht sicher feststellen, aber sie dürften sehr bedeutend sein. So viel sei festgesetzt, daß man den Bewohnern hinlänglich Zeit gelassen hatte, sich zu entfernen. Als der Korrespondent mit seinem Dampfer von Tripolis wieder zurückfuhr, um das Telegramm abzuschicken, hatten die Italiener noch keine Landung versucht. Man beschloß, zu hoffen, daß die Araber, die sich schon seit mehreren Tagen in großen Mengen vor den Mauern angesammelt hatten, in die Stadt eindringen würden, um dort zu plündern. Der italienische Admiral erhielt die Meldung, daß eine Menge Munition und Waffen in aller Eile von Tripolis aus Landeinwärts abgeschickt worden sei. Die Konfiskationsgelder und Kirchengüter durch das Feuer nicht beschädigt, als der Korrespondent zurückfuhr. Vier italienische Offiziere kamen nach Derna, um von dort aus über Land nach Tripolis zu gehen. Der Korrespondent fügt hinzu, es werde berichtet, daß die Araber den Italienern einen sehr entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen gedenken.

In einer späteren Meldung sagt derselbe Korrespondent, die erste Division der italienischen Flotte habe am Mittwoch das Bombardement wieder fortgesetzt, und zwar ab sehr früher Morgenstunde. Die Italiener hätten dabei die Absicht, die Wohnhäuser der Stadt möglichst zu schonen, aber der Palast des Gouverneurs sei vollständig zerstört worden, ebenso seien die drei Forts, die den Hafeneingang schützten, ganz in Ruinen gelegt worden. Die türkische Garnison erwiderte auch am Mittwoch das Feuer, aber wie am Tage vorher ohne den geringsten Erfolg. Gestern erwiderte auch die zweite Division der italienischen Flotte vor Derna und von Ghali, welche beiden Städte heute bombardiert werden sollen. Die Italiener erklärten, sie beabsichtigten vorläufig keine Landung, da sie erst die Ankunft des Expeditionskorps abwarten. Vor der Beschießung wurde die ganze Umgebung des Hafens nach Minen abgesehen. Man nahm auch Messungen vor und fertigte Karten an, da die bisher vorhandenen Karten über den Hafen von Tripolis sehr ungenau sind und das Meer dort viele Untiefen enthält. Alles dies hat den Beginn der Beschießung verzögert.

### Eine Herausforderung.

Konstantinopel, 5. Oktober. Großes Aufsehen erregt ein vom Generalkonsul der türkischen Kavallerie, General Jaset Pascha in den Blättern veröffentlichte Erklärung, die einer schweren Herausforderung und Befeldigung Italiens gleichkommt. General Jaset Pascha sagt in dieser Erklärung unter anderem: Die ruhmlose italienische Armeec, die nie und nirgends siegreich gewesen sei, erblicke wohl eine besondere Ruhmesat darin, einem Gegner, dem sie nie in offener Feldschlacht begegnen könnte, den Krieg zu erklären. Die Großmächte sollten als Schiedsrichter zwischen den beiden Armeen fungieren und verkünden, auf welcher Seite der Sieg und der kriegerische Ruhm zu finden sei.

### Das eigene Land verraten.

Tripolis, 4. Oktober. Der bisherige Bürgermeister von Tripolis, der Prinz Karamanli, ein Nachkomme der früheren arabischen Dynastie, welche über Tripolis herrschte und die vor 80 Jahren von den Türken abgesetzt wurde, ist von Tripolis verschwunden. Es heißt, daß er sich an Bord eines italienischen Kriegsschiffes geflüchtet habe und zugunsten Italiens sein Land verrate.

## Versammlungen und Vereine.

### Gewerkschaftshaus.

- Sonntag, den 5. Oktober:
- Französischer Unterricht.** Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer.
- Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins.** Bücherausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7.
- Freitag, den 6. Oktober:
- Arbeiter-Sängerband.** Sechswöchentliche Probe im großen Saal.
- Chemigraphen** im Billardzimmer.
- Armenpfleger-Sitzung** im Zimmer 1.
- Gewerkschaftskasse** im Zimmer 2.
- Sonnabend, den 7. Oktober:
- Quartierverein der Köpfer „Dumantier“.** Soiree im großen Saal.
- Maschinenschloffer.** Versammlung der Vertrauensleute im Zimmer 3.
- Bildhauer.** Versammlung im Zimmer 5.
- Parteilieger.** Versammlung im Zimmer 6.

### Sozialdemokratischer Verein Breslau.

- Der nächste Bahlabend** des Sozialdemokratischen Vereins Breslau wird Montag, den 9. Oktober, in den bekannten Lokalen abgehalten.
- District 8 (Oder).** Wegen Regelung des Bezirksdistrikts werden die Genossen und Genossinnen noch besonders ersucht, am nächsten Montag im Bahlabend zu erscheinen. Der Districtleiter.
- Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land) Remmardt.**
- Landdistrikt 4 (Rosenthal, Bismarck, Finkenwies, Deutsch, Wiede).** Sonntag, den 8. Oktober: Wichtige Mitglieder-Versammlung im Lokale von Ubrig. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.
- Landdistrikt 11/12 (Bezirk Domsitz, Pflanz und Anlegungs).** Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Wichtige Mitglieder-Versammlung; wo, sagen die Bezirksleiter, Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Wahl eines Bezirksführers, 3. Vereinskassengelegenheiten.
- Landdistrikt 14 (Serbain, Dörren).** Sonntag, früh 6 Uhr treffen sich die Genossen zu gemeinsamer Arbeit bei Walle, Dippelstraße. Pflicht eines jeden Genossen ist es, zu erscheinen, auch wir vor den Wahlen stehen. Man es früh in der Stadt, auch zur Stelle sein. — Montag abends 8 Uhr: Nachbesprechung bei Walle, Dippelstraße. Ein Referent ist anwesend. Um 10 Uhr erscheinen bitte.
- Landdistrikt 18.** Sonnabend, den 7. Oktober, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Fierne in Pflanz. Die Mitglieder aller Distrikte sind wegen der wichtigen Tagesordnung notwendig.
- Landdistrikt 20 (Remmardt).** Sonnabend, den 7. Oktober, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Walle, Dippelstraße. Ein Referent ist anwesend.

Abzählungsgeschäfte

Adolf Schröter, Ruffinstraße 12

Alkoholfreie Getränke

Bilz-Sinaloo

Thomas Braune, Ruffinstraße 12

Bäckereien und Konditorien

Rein, Joh., Schmiedestr. 17/18

Bier-Bräuerien, Bier-Verleger

Bräuerei Hönig, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Bräuerei Sörensen

Bräuerei Sörensen, Ruffinstraße 12

Erscheint 3mal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkauf empfohlen

Fleischereien u. Wurstfabriken

Wurstfabrik, Ruffinstraße 12

Herrn-Garderobe

Herrn-Garderobe, Ruffinstraße 12

Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren, Ruffinstraße 12

Wilhelmshöhe

Wilhelmshöhe, Ruffinstraße 12

Häute und Mützen

Häute und Mützen, Ruffinstraße 12

Barth, H.

Barth, H., Ruffinstraße 12

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine, Ruffinstraße 12

Seifen-Loil

Seifen-Loil, Ruffinstraße 12

Kinderwagen

Kinderwagen, Ruffinstraße 12

Goetz Söhne

Goetz Söhne, Ruffinstraße 12

Musik-Instrumente

Musik-Instrumente, Ruffinstraße 12

Schankwirtschaften

Schankwirtschaften, Ruffinstraße 12

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee, Ruffinstraße 12

Gewaltig, Heinrich

Gewaltig, Heinrich, Ruffinstraße 12

Optiker

Optiker, Ruffinstraße 12

Schirme, Stöcke

Schirme, Stöcke, Ruffinstraße 12

Kinematographen

Kinematographen, Ruffinstraße 12

Kleiderstoffe, Seldwaren

Kleiderstoffe, Seldwaren, Ruffinstraße 12

Partiewaren und Restehaus

Partiewaren und Restehaus, Ruffinstraße 12

Schuhwaren und Schuhmacher

Schuhwaren und Schuhmacher, Ruffinstraße 12

Hecht & David

Hecht & David, Ruffinstraße 12

Kohlen u. Briketts

Kohlen u. Briketts, Ruffinstraße 12

Herold, H.

Herold, H., Ruffinstraße 12

Photographische Ateliers

Photographische Ateliers, Ruffinstraße 12

Friseur und Barbier

Friseur und Barbier, Ruffinstraße 12

Kolonialwaren

Kolonialwaren, Ruffinstraße 12

Elite Halberstr. 15

Elite Halberstr. 15, Ruffinstraße 12

Strumpfstrickereien, Strümpfe

Strumpfstrickereien, Strümpfe, Ruffinstraße 12

Gardinen, Teppiche

Gardinen, Teppiche, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Photographische Bedarfsartikel

Photographische Bedarfsartikel, Ruffinstraße 12

Strauer-Kleidung

Strauer-Kleidung, Ruffinstraße 12

Gebr. J. Benjamin

Gebr. J. Benjamin, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Wagner, Albert

Wagner, Albert, Ruffinstraße 12

Raufhaus Oberer, W. Prinz, Matthisch

Raufhaus Oberer, W. Prinz, Matthisch

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12

Raufhaus „Zur Einigkeit“, Ruffinstraße 12



## Zu den Stadtverordnetenwahlen.

In einer großen Anzahl von Städten stehen im Herbst dieses Jahres die Stadtverordnetenwahlen bevor, so in Liegnitz, Gagnau, Orlau, Bries, Neustadt und anderen Orten Schlesiens. Unseren Genossen erwächst hier eine doppelte Aufgabe: neben den Vorbereitungen für die Reichstagswahlen haben sie auch die Agitation für die Stadtverordnetenwahlen zu betreiben. Haben diese Wahlen auch, wie es in der Natur der Sache liegt, mehr ein lokales Interesse, so darf doch eine Partei wie die Sozialdemokratie auch hierbei niemals die großen allgemeinen Gesichtspunkte außer acht lassen und niemals vergessen, daß auch auf dem Gebiete der Gemeindepolitik ein Stück Klassenkampf und zwar ein ordentliches Stück Klassenkampf, sich abspielt. Mögen unsere Gegner tausendmal erklären, Postill gehört nicht in die Stadtverordnetenversammlungen hinein, wir lassen uns von diesem Schlagwort nicht leiten. Wo wir als verschlossene Organisation kämpfen, da kämpfen wir als Sozialdemokratie, als Partei, die auf ein bestimmtes Programm fußt und bestimmte Ziele verfolgt. Selbst wenn wir das einmal nicht täten, wenn wir einmal vergäßen, was wir der Arbeiterklasse schuldig sind, so würden gerade unsere Gegner durch den brutalen Mißbrauch, den sie in den Gemeindevertretungen mit ihrer Macht treiben, uns schon bald an unsere Pflicht erinnern.

Allerdings hat es eine Zeit gegeben, wo die Sozialdemokratie, wenigstens in Preußen, die Beteiligung an den Gemeindevertretungen wegen des plutokratischen Charakters der Wahlgesehe ablehnen zu sollen geglaubt hat. Diese Zeit liegt weit hinter uns. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es trotz des Dreiklassenwahlrechts, trotz des Hausbesitzerprivilegs, trotz der öffentlichen Stimmabgabe und anderer Schikanen, mit denen man uns fernhalten zu können wähnte, möglich ist, Erfolge zu erringen, und wenn wir auch mit ganz vereinzelten Ausnahmen unter den heutigen Gesehen nur eine Minderheit bilden, so geht doch unser Einfluß überall weit über die zahlenmäßigen Stärke unserer Vertreter hinaus. Erst der Sozialdemokratie ist es zu danken, daß sich in den Gemeinden allmählich die soziale Idee durchzusetzen beginnt, daß sie von sozialem Geiste erfüllt werden und sich nicht mehr lediglich als Vermögensverwalter betrachten. Mühte doch selbst ein Adickes in seiner besseren Zeit zu geben, daß längst anerkannt sei, „daß gesunde und bedeutungsvolle moderne Entwicklungen aus dem sozialistischen Ideentreife herausgewachsen sind, und daß manche in deutschen Städten neuerdings geschaffenen Einrichtungen, wie insbesondere Arbeitsvermittlungstellen, namentlich aber die zur Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiterschaft unternommenen Maßnahmen, wie die Einführung von Arbeiterkutschbestimmungen in die Submissionsbedingungen u. a. m., sozialistischen Anregungen zu verdanken sind.“ Ja, sogar der Kiele: Oberbürgermeister Kuf, ein scharfer Gegner des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, erkennt auf Grund seiner Beobachtungen an, „daß sozialdemokratische Stadtverordnete mit Fleiß, Ernst und Verständnis friedlich mit ihren anders gesinnten Kollegen und den Magistratsvertretern zu arbeiten vermögen.“ Wir sind die letzten, die um ein gutes Zeugnis bei Stadtverordneten hühnen, aber wenn diese Herren sich genötigt gesehen haben, ihre Vorurteile abzulegen, so sollten doch auch andere Kreise endlich einsehen, daß die Mitarbeit der Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen heute nicht mehr zu entbehren ist und daß die gewalttätige Fernhaltung von Vertretern der Arbeiterschaft geradezu eine Schädigung der Kommunen bedeutet.

Aber zu dieser Einsicht kann sich der deutsche Philister nicht aufraffen. Die Angst vor dem „roten Gespenst“ raubt ihm den letzten Rest seiner Vernunft, die Vernichtung der Sozialdemokratie schwebt ihm als anstrebenwertestes Ziel vor Augen, und erst dann legt er sich beruhigt zu Bette, wenn es ihm mit Hilfe des Geldsades gelungen ist, den „Stieg“ davonzutragen.

Im großen ganzen bringen die Wähler den Stadtverordnetenwahlen noch lange nicht das genügende Interesse entgegen. Das gilt in gleichem Maße für die Bourgeoisie wie für die Arbeiterklasse. Schuld daran ist einmal das Wahlrecht und zweitens die mangelnde Erkenntnis von der Bedeutung der Gemeindevahlen. Wir sehen ja auch: daß da, wo unter dem allgemeinen Wahlrecht gewählt wird, die Beteiligung weit stärker ist, als da, wo ein Klassenwahlrecht herrscht oder wo die Klassen durch andere reaktionäre Bestimmungen ihres höchsten Rechtes beraubt sind.

Das Gemeindevahlrecht ist im größten Teil des Deutschen Reiches förmlich darauf zugeschnitten, den Wählern das Wählen abzugewöhnen.

Es ist hier nicht der Ort, auf die Wahlgesehe des näheren einzugehen. Nur soviel sei gesagt, daß wir allein in Preußen nicht weniger als 14 verschiedene Gesehe und außerdem noch eine Reihe von Verordnungen für eng umgrenzte Bezirke haben, die, soweit sie sich auch im einzelnen unterscheiden, sich doch in ihrem plutokratischen Punkte gleichen und alle denselben reaktionären Geist atmen. Nirgends ist das Wahlrecht allgemein, überall ist es an Vorbedingungen geknüpft, die zu erfüllen der Arbeiterklasse Schwierigkeiten bereiten. Gleich ist es nur in Frankfurt a. M., Schleswig-Holstein und Hannover und zehnten nur in Frankfurt a. M. und den hochpreussischen Landesteilen. Werden die Arbeiter schon dadurch geschädigt, so erwächst ihnen eine weitere Schwierigkeit, namentlich in großen Städten aus dem famosen Hausbesitzerprivileg, jener Bestimmung, wonach die Hälfte der Stadtverordneten und der wo wir Klassenwahlen

haben, die Hälfte der Stadtverordneten jeder Abteilung, aus Hausbesitzern bestehen muß. Die Regierung weiß sehr wohl, daß das Niveau der Gemeinde-Vertretungen dadurch nicht gehoben wird, im Jahre 1876 wollte sie diese veraltete Bestimmung bereits beseitigen, aber heute hält sie zäher als je daran fest, weil sie damit den Sozialdemokraten Knüttel zwischen die Beine werfen zu können vermeint. Nun, die Sozialdemokratie hat sich bisher noch stets damit abgefunden und sie wird es auch in Zukunft verstehen, sich damit abzugeben. Den Schaden haben die Gemeinden, aus deren Vertretungen tüchtige Männer ferngehalten werden, weil sie nicht im Besitz eines Hauses sind und den Spott hat die Regierung, die in ihrer Kurzsichtigkeit und ihrer Sozialistenfurcht eine überlegte und längst als Unflut erkannte Bestimmung zu bereuigen trachtet.

Im Gegensatz zu Preußen stehen wir in einigen süddeutschen Staaten auf ein etwas freieres Wahlrecht, durch das es der Arbeiterklasse möglich ist, einen größeren Einfluß auf die Verwaltung der Gemeinden zu sichern, aber Erfahrungen sind auch da in Hülle und Fülle vorhanden und von der Erfüllung unserer grundsätzlichen Forderung sind wir noch weit entfernt. Den Frauen ist überhaupt kein Wahlrecht eingeräumt, obwohl ihnen doch gerade auf kommunalem Gebiet ein weites und erspriehliches Feld der Betätigung gegeben ist. Längst haben Frauen namentlich in der Armen-, Waisen- und Wohnungspflege ihre Kraft in den Dienst der Gesamtheit gestellt, überall haben sie sich glänzend bewährt, aber trotzdem duldet man sie nur in der Rolle von Hilfsarbeiterinnen und behandelt sie vor dem Geseh als Menschen zweiter Klasse.

Wenn wir uns auch mit den gegebenen Zuständen abzufinden suchen, so ist damit doch nicht gesagt, daß wir damit zufrieden sind. Nein, wir Sozialdemokraten müssen auch bei den Stadtverordnetenwahlen stets und ständig den Massen vor Augen führen, wie die staatliche Gesehgebung sie als minderndes Recht betrachtet, wie der Klassenhaß auch den Gemeindevahlgesetzen seinen Stempel aufdrückt. Wir müssen sie lehren, den Kampf um die Stadtverordnetenwahlen nicht zu führen, losgelöst von dem allgemeinen Befreiungskampfe des Proletariats, sondern wir müssen ihnen zeigen, daß dieser Kampf nur ein Teil jenes großen Kampfes ist, den die Arbeiterklasse führt. Eine Demokratisierung der Gemeinden ist nicht möglich ohne eine Demokratisierung des Staates.

Unter diesen Gesichtspunkten kämpfen wir und deshalb unterscheidet sich unser Kampf so himmelweit von den Kämpfen der Bourgeoisie, die nicht über ihre Nase hinwegsehen und um den Preis einiger Stadtverordnetenmandate sich nicht scheuen, ihre politischen Grundsätze über Bord zu werfen und die Grundlosigkeit zum Prinzip zu erheben.

## Parteiangelegenheiten.

**Parteitag für Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck.** Der diesjährige Parteitag fand am 1. und 2. Oktober in Gütin, der einzigen Stadt im Fürstentum Lübeck, statt. Das Fürstentum Lübeck gehört als politische Gemeinde zum Großherzogtum Oldenburg, die Parteiorganisation ist jedoch dem Bezirk Schleswig-Holstein angegliedert. Die Genossen im Fürstentum konnten dem Parteitag durch ihren Wahlsieg einen schönen Willkommensgruß entbieten.

Der Parteitag war von 111 Genossen besetzt. Vom Parteivorstand war Genosse Pfanckel anwesend.

Der von dem Bezirksvorsitzenden Genossen Partels erstattete Jahresbericht ließ gute Fortschritte erkennen. Die Mitgliederzahl betrug 44887, das ist ein Mehr von 4371 gegen das Vorjahr. Weibliche Mitglieder sind 7150 vorhanden. Ortsvereine bestehen 107. Öffentliche Versammlungen fanden 444, Mitgliederversammlungen 1126 statt. Flugblätter wurden 1481590, Broschüren 73020 verteilt. Die Presse hat ebenfalls gute Fortschritte zu verzeichnen. Die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ hat 25400, die „Hamburger Volks-Zeitung“ 2700 Abonnenten. Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“ hatte am 31. Dezember des Geschäftsjahres 21500 Leser. Die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten beträgt 45, die der Gemeindevorteiler 182. Die Einnahme betrug 33.923,58 Mk., die Ausgabe 29.788,85 Mk. An den Parteivorstand in Berlin wurden aus dem Bezirk 32.633,52 Mk. abgeführt.

Zur Frage der Abhaltung von Konferenzen der sozialdemokratischen Gemeindevorteiler wurde ein Antrag angenommen, in dem den Genossen in Stadt und Land empfohlen wird, in wirtschaftlich zusammenhängenden Gebieten nach Bedarf Gemeindevorteilerkonferenzen abzuhalten.

Ergänztliche Annahme fand das Regulative über den Parteifonds. Dieser Fonds soll gespeist werden aus den Tagesverdiensten der Angehörigen, den Ueberschüssen der Parteiveranstaltungen und einem festen Beitrag von mindestens 50 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder der Partei und Gewerkschaften.

Der Etat für das laufende Geschäftsjahr wurde mit 31.814,73 Mk. in Einnahme und 28.706 Mk. in Ausgabe festgestellt. Beschlossen wurde, daß die Kreisorganisationen wie bisher 10 Prozent ihrer Beiträge an die Agitationskommission abzuführen haben.

Ueber die bevorstehenden Reichstagswahlen referierte Genosse Paul Müller-Berlin, der Kandidat des fünften schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreises.

Genosse Stadtverordneter Adler-Kiel sprach über den „reaktionären“ Ansturm gegen das Kommunalwahlrecht. Eine Resolution, die die Genossen auffordert, unter steter Betonung der Forderung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts diesen Veruchen, das Kommunalwahlrecht zu verschlechtern, überall entschieden Widerstand entgegenzusetzen.

Als Sitz der Agitationskommission wurde Altona, als Vorsitzender Genosse Partels wiedergewählt.

**Das staatsgefährliche Lieberbuch.** Im Verlage des Genossen Wipinski in Leipzig ist im September vorigen Jahres das Lieberbuch: „Singe mit!“ erschienen. Darin ist „Die Internationale“ enthalten, in der, nachdem sie jahrelang öffentlich und mit Genehmigung der Behörden gesungen worden ist, im Februar dieses Jahres das Berliner Landgericht eine Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen erklährt hat. Infolge dessen ist auch die Leipziger Staatsanwaltschaft mobil gemacht worden. Sie klagte den Genossen Wipinski wegen Aufreizung an. Er wurde denn auch zu 30-Mark Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde bemerkt, daß, wenn die Behörden bisher nicht eingeschritten seien, so sei das eine Unterlassung, die aber den Genossen Wipinski nicht strafrei mache.

## Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

### Vom Kampfe gegen die proletarische Jugendbewegung.

Vor dem Schöffengericht in Görlitz standen am Dienstag neun Mitglieder des Jugendausschusses, an ekkagt wegen Uebertretung des Reichsvereingesehes. Der Ankläger, der für den Fall der Freisprechung ankündigte, daß sich noch weitere Inklagen mit der Angelegenheit befassen würden, beantragte gegen Genossen Eichhorn als Obmann des Jugendausschusses 15 Mark und gegen jeden der übrigen Angeklagten 5 Mark Geldstrafe, auf die auch das Gericht erkannte. Außerdem schwebt noch ein Verwaltungsstreitverfahren wegen einer polizeilichen Verfügung gegen den Jugendausschuß.

**Laubek, 5. Oktober.** Der Bau eines Radium-emanatoriums wurde in der letzten Stadtverordneten-Versammlung beschlossen. Die Veranlagung stünnte der hierfür notwendigen Aufnahme einer Anleihe von 60.000 Mark zu. Auch die Kosten zum Bau einer Rodelbahn im städtischen Park wurden bewilligt.

**Hirschberg, 5. Oktober.** Der Mörder des Bierkutschers Richter gefunden? Unter dem Verdacht, den Raubmord an dem Bierkutscher Richter aus Berichsdorf vor zwei Jahren verübt zu haben, wurde der Arbeiter Kullemann in Mauer verhaftet und in das hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Richter wurde damals in der Nacht auf seinem Vierhundert auf der Straße von Stonsdorf nach Berichsdorf ermordet und seiner Barschaft von etwa 50 Mk. beraubt.

**Hirschberg, 5. Oktober.** Abgelehnter Orden. Nach 40jähriger legendreicher Tätigkeit im Volksschuldienst trat Herr Lehrer Jekant in den Ruhestand. Den ihm aus diesem Anlaß angebotenen Orden der Inhaber des Hohenzollernschen Hausordens hat Herr Jekant abgelehnt.

**Gagnau, 5. Oktober.** Wohnbewegung in den Lederfabriken. Am 1. Oktober war der in der hiesigen Lederindustrie bestehende Tarifvertrag abgelaufen. In langwierigen Verhandlungen, die mehreremal halb zu scheitern drohten, ist es gelungen, einen neuen Tarifabschluß zu erzielen. Der Stundenlohn der Fabrik wird von 33 Pfg. auf 35 Pfg. erhöht. Die Erhöhung verteilt sich auf einen dreijährigen Zeitraum. Die Vorordnungen der Richter erlangen eine etwa zehnprozentige Erhöhung. Das Gleiche trifft auch bei den anderen Arbeiterkategorien zu, so daß man, wenn auch nicht alles erreicht wurde, doch mit den gemachten Zugeständnissen zufrieden sein kann. Eine am Mittwoch früh stattgehabene Versammlung der Arbeiter erklärte sich mit dem Tarifentwurf einverstanden, so daß am Montag die bis jetzt ruhende Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen wird. Der abgeschlossene Tarif läuft bis 1914.

**Goldberg, 5. Oktober.** Aufgehobener Versammlungsvorbot. Auf die Beschwerde gegen den Amtsvorsteher in Harpersdorf und den Landrat zu Goldberg wegen der verbotenen Volksversammlung in Armentruh, ist folgender Bescheid vom Regierungspräsidenten eingegangen:

Auf die Beschwerde vom G. b. Mts. Die Befürchtung des Amtsvorstehers zu Harpersdorf, daß aus der Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel auf dem Grundstück des Maurers Karl Weidner in Armentruh am 3. September eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten sei, erscheint mir nicht so hinreichend begründet, daß sich eine Veragung der Genehmigung gemäß § 7 des Reichsvereingesehes gerechtfertigt hätte. Die Verfügung des Amtsvorstehers vom 26. August und der Bescheid des Landrats vom 29. August d. J. werden daher außer Kraft gesetzt. Freiherr v. Seherr-Tob.

Nun ist sofort eine neue Versammlung auf dem Grundstück angemeldet worden, die Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 3 Uhr, stattfinden wird. Genossen! Agitiert tüchtig für diese Versammlung, die zugleich dem Protest gegen die Uebergriffe dienen soll, die sich der Herr Amtsvorsteher gegen das Vereinsgeseh erlaubt. Die Versammlung findet für die Ortshaften Armentruh, Probsthain, Harpersdorf und Bigransdorf statt. Landleute! Erscheint in Massen in dieser Versammlung, in der unser Kandidat, Genosse Karl Dietrich aus Breslau, über die nächsten Reichstagswahlen sprechen wird.

**Strehlen, 5. Oktober.** Einbruchsdiebstahl. In die im ersten Stock belegene Wohnung des Waisenhausherrn Seidel wurde zur Nachtzeit eingebrochen und ein Sparkastenbuch über 1000 Mk. und 800 Mk. bar Geld gestohlen.

**Wansen, 5. Oktober.** Die Schnapsflasche! Auf rohe Art und Weise verhielt am Sonntagabend in einem hiesigen Lokale der Fleischer Frost den Arbeiter Maciejewsky aus Gulan dadurch, daß er die leere Schnapsflasche dem Maciejewsky darat auf den Kopf schlug, daß ein ärztlicher Verband angelegt werden mußte. In demselben Lokale wurde erst kürzlich einem Briefträger ein Auge ausgeschlagen.

**Münsterberg, 5. Oktober.** Landarbeiters Ende. Der bei dem Gutsbesitzer Dreischer in Leipe hiesigen Kreises in Diensten stehende 60 Jahre alte Knecht August Kasper stürzte vor dem mit Häben beladenen Wagen, kam unter die Räder und wurde überfahren. Die Verletzungen waren so schwer, daß der Unglückliche nach 3 Stunden im hiesigen Kreiskrankenhause starb.

**Reiffe, 5. Oktober.** Das kisterne Wäfflein. In den letzten Tagen fand hier ein Fest statt, an dem auch eine Anzahl geistlicher Herren teilnahmen. Als einer der Herren dann um Mitternacht in weinlicher Stimmung durch die Straßen schlenderte, überfiel ihn ein menschliches Kühren. In einem Hause, in dem sich vor Jahren eine Unimierkneipe befand, machte er Halt. Obwohl er die Tür verschlossen fand, gelobte er sich, nicht eher zu weichen, bis er Einlaß gefunden habe. Auf wiederholtes lautes Trommeln an den Fensterscheiben wurde schließlich geöffnet, aber nicht von einer holden Kellnerin, sondern von einer ehrbaren Bürgerfrau, die nicht wenig erstaunt war, ob des nächtlichen Besuchs eines Weichtaters, den sie gar nicht gewünscht hatte. Dreist und gottesfürchtig ging der in Wolle schmelgende Gottesmann auf sein Ziel los und bat um Einlaß. Er möchte sich ein wenig amüüsieren und ein paar Flaschen Wein trinken. Die Weiberin aber, die in ihrem Schlaf gestört worden war, wollte sich seiner nicht erbarmen, sondern drohte, ihn mit einem Kübel kalten Wassers von seinem Leiden zu erlösen, worauf der Herr herabstiegen, sind sie Menschen, irrende sündige Menschen, die vor anderen Leuten rein garnichts voraus haben. Und doch gibt es Leute, die in jedem Schwarzgock einen Halbgott erblicken.

**Reiffe, 5. Oktober.** Der Streik der Bauhilfsarbeiter ist aufgehoben! Am 20. August legten, bei der Firma Schuber, etwa 50 Bauhilfsarbeiter die Arbeit nieder, weil ihnen eine kleine Lohnserhöhung und der Abschluß eines Vertrages verweigert wurde. Während es den Streikenden anfangs „Maua“ Arbeitslose von den Baustellen fernzuhalten, versuchten in den letzten Wochen die Unternehmer, mit Hilfe der Polizei Arbeitslose aus den Reihen der Streikenden zu bekommen. Hervorragendes leistete insbesondere der Foller Kirchner, der den Arbeitern erklärte, er sei auch christlich organisiert und arbeite doch, er lasse sich von seiner Organisation nicht beeinflussen. So sollten sie es auch machen. Der Unternehmer zeigte sich dafür auch erkenntlich. Unter diesen Umständen gelang es dem Unternehmer, mit einigen Streikbrechern

und einer Anzahl Frauen, die trotz Arbeiterinnenschutz an Hochbau beschäftigt wurden, die wichtigsten Arbeiten fertigzustellen. Trotzdem gegen den Unternehmer bei der Polizeibehörde Anzeige erstattet wurde, werden die Frauen heute noch unter dem Augen der Polizei weiter beschäftigt. Einen Einmüßigen Versuch vor dem Gewerbeamt schenkte die Unternehmer ab. Mit Rücksicht auf diese Umstände und daß eine Anzahl Arbeiter, die beim Hochbau beschäftigt sind, in Kürze entlassen werden, wurde der Streit aufgehoben. Die Arbeiter können hieraus ersehen, daß auch die christlichen Unternehmer alle Mittel benützen um die Arbeiter zu beschäftigen. Die christlichen Arbeitervertreter vertreten im Reichstage den Arbeitern die Lebensmittel, die christlichen Unternehmer ergreifen beschleunigte Maßnahmen, um die Arbeiter beim Verzicht, einen Ausgleich zu schaffen, erfolgreich bekämpfen zu können. Sichtlich werden die Arbeiter, die zum größeren Teile christlich organisiert waren, eine vernünftige Lehre daraus ziehen.

**Polen, 5. Oktober.** Wenn das Alter liebt. Von einem schweren Schicksal wurde ein etwa 70 Jahre alter, pensionierter Beamter, der sich zum dritten Male mit einem Fräulein aus Polen verheiratet wollte, betroffen. Als er sich nach Polen begeben wollte, erschien in kurz vorher seine drei erwachsenen Kinder, verhinderten seine Abfahrt und wollten ihn auch von seinem Vorhaben abbringen. Dies nahm sich der „Bräutigam“ so zu Herzen, daß er nach einem Todwuchsanfuge jetzt tödlich, ohne jede Erwiderung darniederliegt.

### Aus Oberschlesien.

#### Es ist kein Bedürfnis vorhanden.

Unter dieser Überschrift haben wir wiederholt nachgewiesen, wie Stadtausschüsse, Polizei und Magistrat die Anträge um Schankverbot in den Gewerkschaftslokalen ablehnen zu können. Allerdings haben diese Entscheidungen jeden Wert verloren, sobald die Vereine den Ausschuss als Nebenbesitz haben und an ihre Mitglieder zum Selbstkostenpreise ausgeben, denn die Gerichte haben generell entschieden, daß es in diesen Fällen einer Erlaubnis zum Ausschank nicht bedarf.

Sollten also Polizei und Magistrat unterbinden des Ausschankes kein Glück, so ist nun auch die nächste Formel, es ist kein Bedürfnis vorhanden, zu verwirklichen und zwar ein für allemal. Es verlangt sich, den Sachverhalt eingehend aufzuklären. Für den Sozialdemokratischen Verein Königsbrunn hatte Genosse W. J. ein Antrag um Genehmigung der Schankverbot für Bier und alkoholfreie Getränke im Gewerkschaftslokal, Ringstraße 3, gestellt. Ausschussmitglied konnte den Antrag unter der üblichen Formel ab. In der mündlichen Verhandlung, wo Genosse S. Ringling-Weithen den Antragsteller vertretet, wurde dem Ausschuss für alkoholfreie Getränke erteilt, dagegen der Bierausschank wieder unter der üblichen Formel abgelehnt.

Wegen Verlangens der Genehmigung zum Bierausschank fragte man Genosse Leber im Verwaltungsverfahren beim Bezirksauschuss in Oppeln, wo in dieser Sache am 3. d. Mts. Termin zur mündlichen Verhandlung war. Nachdem die Einwände des Magistrats und der Polizei geklärt, begründete Genosse Ringling-Weithen als Vertreter des Antragstellers den Antrag etwa wie folgt: Das ein Bedürfnis vorliegt, hat der Stadtausschuss Königsbrunn selbst anerkannt, indem er am 6. April den Ausschuss für alkoholfreie Getränke erteilt. Wenn nun eingewandt wird, der Besuch im Lokal sei nur ein kurzer, so ist das einfach nicht zureichend; an Sonn- und Feiertagen ist das Lokal den ganzen Tag besetzt, an 7 Abenden der Wochentage von 7 bis etwa 11 Uhr, durchsichtlich von fünfzig Personen, ohne die Versammlungsabende. Die Besucher haben dort meist 12 Stunden geschäftlich zu tun. Die Behauptung von Polizei und Magistrat, daß in der Umgebung genug Lokale wären, ist richtig, nicht aber, daß diese für den Besuch der Vereinsmitglieder geeignet wären. Es große Mehrzahl der Lokale sind gewöhnliche Schnapsdestillen, deren Charakter gekennzeichnet ist, weil sie an Lohn- und Vorarbeiten um 4 Uhr schließen müssen. Von diesen Schnapsdestillen aber wollen wir unsere Mitglieder fern halten, denn wir kämpfen gegen den Fudel, das dürfte gerichtsnotwendig sein. Der übrige Teil der Wirtschaften aber sind sogenannte bessere Kneipen, wo die Arbeiter nicht hingehen, zumal es dort auch sehr teuer ist. Daß der Verein den Mitgliedern durch den Bierausschank Gelegenheit zum „Kneipen“ geben will, wie die Polizei in Königsbrunn behauptet, wird und kann das Gericht nicht annehmen, weshalb diese Behauptung einer ernstlichen Zurückweisung gar nicht bedarf. Ich führe diese Tatsachen nur an, um die Behauptungen des Magistrats und der Polizei zu widerlegen, womit ich dann das Bedürfnis von selber ergibt. Aber die Bedürfnisfrage ist ja generell entscheidend, denn am 13. Juni dieses Jahres hat der Bezirksauschuss an dieser Stelle entschieden, daß die sozialdemokratischen Vereine Vereine sind, die nicht unter Absatz 5 des § 33 der Reichs-Gewerbeordnung fallen, weil sie den Ausschank nicht als Komptoir, sondern als

Nebenbesitz haben, und daß daher bei diesen Vereinen die Bedürfnisfrage nicht zu prüfen ist. In also die Bedürfnisfrage erledigt, so bleibt nur die Person des Antragstellers und das Lokal zu prüfen übrig, allerdings in sehr beschränkter Maße, da es sich nicht um eine öffentliche Konzession handelt. Aber auch hier ist alles einwandfrei, selbst für einen öffentlichen Ausschank. Ich bitte daher, meinen Mandanten die Genehmigung zu erteilen.

Nach längerer Beratung fällt der Bezirksauschuss folgende Beschlüsse: Das Urteil des Stadtausschusses Königsbrunn wird aufgehoben und dem Antragsteller die Genehmigung zum Ausschank von Bier und alkoholfreien Getränken an die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins erteilt. Es ist nicht eingewandt worden, daß der Verein nicht unter Absatz 5 des § 33 der Reichs-Gewerbeordnung fällt, und andere Fragen waren nicht zu prüfen.

Somit hat auch der Bezirksauschuss die Stellung eingenommen, die die Gerichte, besonders das Landgericht Weithen, eingenommen haben. Sichtlich genügt dieses Urteil, das an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt, den anderen Polizeiverwaltungen, Magistraten usw., und die gewohnte Formel verschwindet. Wenn dann noch einige Behörden, wie der Stadtausschuss in Weithen, etwas schneller arbeiten, wie in einem Falle, den wir nachweisen haben, dann würden wir unsere Klagen gern einstellen.

**Weithen O.S. 5. Oktober.** Ungerechter Gemeindevorsteher. Der hiesigen Stadtkammer hatte sich der Gemeindevorsteher Florian Witzenga aus Neu-Weithen wegen einer Reihe von Unterstellungen zu verantworten. Der Anklage ist kürzlich wegen seiner Teilnahme an der großpolnischen Agitation vom Amte suspendiert worden. In den zur Anklage stehenden Fällen handelt es sich um Armenunterstützungen in Höhe von 1-10 Mk., mit welchen den Armen von Neu-Weithen aus der Graf Lozy-Zustiftung eine Weihnachtsfreude gemacht werden sollte, die der Anklage aber für sich behielt. Es kamten ihm 9 Fälle von Unterstützungen nachzuweisen werden. Er wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Wegen Unterstellungen von Hundesteuer wird er noch einmal später zur Verantwortung gezogen werden.

**Kattowitz, 5. Oktober.** Ein entsetzlicher Unfall widerfuhr am Montag einem hiesigen Malergehilfen. Als dieser Abends aus dem Gewerkschaftslokal nach Hause ging, stolperte er vor dem Theater über einen etwa 30 Zentimeter aus dem Trottoir hervorragenden Gipsmenschenschilder und stürzte zu Boden. Im Fallen schlug er mit dem Gesicht auf den niedrigen, mit Stacheln bewehrten Drahtzaun, der zum Schutz der dortigen Wägen angebracht ist. Die Stacheln des Zaunes rissen ihm dabei buchstäblich ein Auge heraus, so daß er schwer verletzt Aufnahme im Krankenhaus finden mußte.

Der schöne Drahtzaun mit seinen Stacheln hat schon öfter die Polizei heraufgefordert. Nicht nur, daß der Gipsmensch des schönen Anzeigens durchsichtiger wurde, mußte man sich auch wegen der Stachelbewehrung möglichst fernhalten um drohenden Sachschaden zu vermeiden.

Da lautet doch die Frage auf: Mußte denn wirklich erst ein schwerer Unfall auf die Verantwortlichkeit dieser Anlage aufmerksam machen? Kennen die Herren, die der Stadt aus dem Unfall entstehen, nicht vermeiden werden, besonders auch durch bessere Unterhaltung des Trottoirs?

Schreiber dieser Zeilen hat sich oft gewundert, daß während des monatlichen Budgets auf der Wochentage kein ähnlicher Unfall passierte. Während war es eine ordentliche Kunst, ohne erheblichen Schaden an den Gliedmaßen das Trottoir dort zu passieren. In der Hinsicht mußte man geschickt sein, alle paar Schritte über ein Loch, einen Stein, im Wege liegende Steinen oder Bretter zu fallen und Hals und Beine zu brechen. Nur mit vorzüglich laufenden Füßen und mit Hilfe des Stodes war es möglich, alle Gefahr drohenden Hindernisse zu vermeiden. Sollte man bei den merkwürdlichen Stellen wirklich nicht etwas größere Sorgfalt auf unsere Wege erwarten dürfen? Mit größerer Liebe und Sorgfalt widmet man sich nicht etwa etwas größerer Sorgfalt auf der Trittstufe? Freilich wird damit auch einem „steigenden Bedürfnis“ unserer Zeitgenossen genügt.

**Kattowitz, 5. Oktober.** Werd? In der Nähe der Station Atzwitz-Mühlstein stehen Hirten auf Plätzen, welche zur Ermittlung der Leiche eines jüdischen Mannes in den 40er Jahren führten. Man fand bei dem Toten eine in Verdacht gelohene Fahrkarte und mehrere Bücher, in denen der Name Rabbiner vermerkt war. Auch einen Halbpast auf den Namen Samuel Einbeidlich führte er bei sich. Einbeidlich soll von Schmutzgertern ermordet worden sein, mit welchen er in Verbindung stand. Die Ermittlungen sind im Gange.

**Jahrz. 5. Oktober.** Sozialdemokratischer Verein. Am Sonntag, den 8. d. M., nachmittags 2 Uhr: Mitgliederversammlung im Gewerkschaftslokal, Gartenstraße 27.

Wichtige Tagesordnung, darunter Bericht vom Deutschen Parteitag durch den Genossen Pörling-Weithen O.S. Vollständiges Erscheinen ist notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert.

**Laurahütte, 5. Oktober.** Sozialdemokratischer Verein. Am Sonntag, den 8. d. M., nachmittags 2 Uhr: Mitgliederversammlung im Gewerkschaftslokal, Siemianowitz, Mollstraße. Die wichtige Tagesordnung erfordert das vollständige Erscheinen aller Mitglieder. Mitgliedsbuch legitimiert.

**Laurahütte, 5. Oktober.** Eine Pochofen-Explosion ereignete sich in hiesiger Hütte. Der etwa 8 Jahre im Betriebe befindliche Pochofen Nr. 6 explodierte, so daß der ganze flüssige Inhalt sich auf den freien Platz ergoß. Zum Glück waren Arbeiter nicht in der Nähe. Die Düttensfeuerwehr sperrte die flüssige Schlackenmasse schnell ab.

**Weithen, 5. Oktober.** Gewerkschaftslokal. Sonntag, den 8. d. M., nachmittags 4 Uhr: Sitzung im Gewerkschaftslokal, Bahnhofstraße 6, Hof 1. Die sehr wichtige Tagesordnung erfordert das vollständige Erscheinen der Delegierten und Gewerkschaftsvorstände.

**Retzkau, 5. Oktober.** Magoch und Genossen. Infolge der Entdeckung der Korrespondenz zwischen Majak Starczewski und Magoch im Retzkauer Gefängnis hat die Gefängnisverwaltung den beiden jede Veranstaltung entzogen. So wurden aus deren Zellen die Tische und Stühle, sowie das Schreibmaterial entfernt und sie erleiden jetzt dieselbe Behandlung wie alle anderen Verbrecher. Die Veranlassung zu dieser Maßnahme bot das Abfangen einer Korrespondenz Starczewski an Magoch, worin er demselben ersucht, auf einen der verhafteten Genossen einzuwirken, daß er vor Gericht befreit soll, den Schlüssel zur Schankkammer zum Schloffer g tragen zu haben, um einen Nachschlüssel anzufertigen.

### Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur b. 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

**Ed., Großhofen.** Die Eltern sind nicht verpflichtet, die Gerichtskosten für ihren minderjährigen Sohn zu bezahlen.

**U. 50 g.** Sie müssen uns sagen, woher Sie Auskunft haben wollen.

**A. Weichenbach.** Der Restaurateur mußte sein Verbrechen eingestehen und die Beiträge zahlen; schreiben Sie ihm das. Wenn er aber nichts gibt, empfehlen wir Ihnen, nicht zu klagen, da der Betrag zu gering ist und Sie mehr umstände haben, als die Sache wert ist.

### Preiskontrollen der städtischen Markt-Notierungskommission.

Breslau, den 4. Oktober.	alte	pro 100 Kilogramm		geringerer	neuer
		höchst.	niedr.		
Weizen, weicher neu	20 40	19 50	19 40	18 50	17 40
Weizen, gelber neu	20 80	19 40	19 30	18 40	17 20
Weggen	17 90	17 40	17 30	16 40	15 40
Weggenalt	18 50	18	17 90	16 50	15 40
Gerste	16 50	14 80	14 20	13 50	13
Hafer	17 40	16 80	16 20	15 50	15 20
Erbsen	27	26	25	24	23
Bohnen	27 50	26	25 80	24 80	23 20
Wicken	29	28	27 50	26 50	25 20

Wochenmarkt. Weizen behauptet per 100 Sgr. 127. Gerste brutto, Weizenmehl 00 behauptet 22.50-23.00 Mk. Bohnenmehl 00 behauptet 26.50 bis 27.00 Mk. Mohnen - Haupteckel behauptet 26.00-26.50 Mk. Mohnen - Hütermehl behauptet 13.75-14.25 Mk. Weizenmehl behauptet 13.25-13.75 Mk.

### Aus der Geschäftswelt.

**Cardinalhaus Julius Fein.** Breslau, Junkenstraße 14, Nr. 1. Etage, vis-à-vis Kühlung. Unter obiger Firma hat Herr Julius Fein ein Spezialhaus der Gardinenbranche errichtet. Gestützt auf langjährige fachmännische Erfahrungen, sowie auf den guten Ruf und das Vertrauen, dessen Herr Fein seit Jahren bei dem laienhaften Publikum erfreut, gedenkt Herr Fein sein Geschäft auf solider Basis anzulegen und immer mehr auszubauen. Um der Kundenschaft Vorteile zu bieten, hat Herr Fein deshalb seinen Laden, sondern nur ein Etagegeschicht und somit nur sehr geringe Preise; obige Punkte, sowie reichste Auswahl haltbarster Qualitäten bieten die beste Gewähr zum vorteilhaftesten Einkauf sämtlicher in die Gardinenbranche fallenden Artikel.

Bestbewährte gesunde und magen-darmkränke **Kufeke** Nahrung für: Kinder sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

# Gegen Zenerung und Hungersnot

protestieren heute Donnerstag abend die

## Breslauer Arbeiterfrauen in Massen.

Auf, ins Gewerkschaftshaus!

Viele Köpfe, viele Sinne **Aber alle sind sich darüber einig... dass** **JASMATZI** **Unsere Marine** die beste 2 Pfg.-Cigarette ist.

**Gute, billige Uhren,**  
unter mehrjähriger Garantie, 5463  
**Gold- und Silberwaren,**  
Schwarz- und Gold-Uhren a. 5.00 Mk. an  
Edel- und Damenuhren a. 8.00 Mk. an  
Goldene Damenuhren a. 12.00 Mk. an  
Regulieren a. 10.00 Mk. an  
Repar. a. 1.50 Mk. an  
Goldene Herren-Uhren billig!  
Reparatur und Retten in versch. Marken Gold,  
Silber, Chronometer, Kuckuckuhren usw.,  
große Auswahl.  
Auf Wunsch leichte Ratenzahlungen.  
**R. Lohr, Uhrmacher, Nikolaistr. 41.**

**Reich's Schuhbazar**  
24, Friedrich-Wilhelmstr. 24.  
**Neute neu eröffnet!**  
Streng reelle Bedienung!

**Ammann**  
**Milch-Kur**  
**Anstalt**  
Fasanenweg 205  
Kleine Hohenstraße 8-10  
Einziges Kuhstall, welcher nur Kindermilch  
bzw. Kermilch und Keifer produziert  
Sämtliche landwirtschaftliche Kontrollen der geprüften, amerikanischen Milch-  
Anstaltlich Trockenfutter - Plombierte Flaschen - Literatür und Haus  
Aerztlich empfohlen auch halbfett,  
wenn fette Milch nicht vertragen wird. 5298



Charlie dachte Tag und Nacht an den Jungen. Wenn er oben auf dem Kutschbock saß, da war es ihm...

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

Das Mädchen lief auf das Gitterwerk zu und stellte sich...

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

Das Mädchen lief auf das Gitterwerk zu und stellte sich...

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

Das Mädchen lief auf das Gitterwerk zu und stellte sich...

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

Das Mädchen lief auf das Gitterwerk zu und stellte sich...

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

„Du bist ein Mann, Du bist ein Mann, Du bist ein Mann...“

Graveyard

Der Gräberfriedhof lag mit dem Wind durch die Pfade...

Der Gräberfriedhof lag mit dem Wind durch die Pfade...

Der Gräberfriedhof lag mit dem Wind durch die Pfade...

Der Gräberfriedhof lag mit dem Wind durch die Pfade...

Astronomische Beobachtungen

Der Beobachter, der Monat der Beobachtung, der Beobachtung...